Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

03

Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik

März 2024

Monatsbericht

12
Jahresprojektion der Bundesregierung

19
Vermögensungleichheit in Deutschland und Europa

23
Investitionen in die grüne und digitale Transformation

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2024: WETTBEWERBSFÄHIGKEIT NACHHALTIG STÄRKEN

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am 21. Februar hat das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2024 beschlossen, der im Fokus dieser Ausgabe steht. Im Jahr 2023 ist die deutsche Wirtschaft um 0,3 Prozent geschrumpft. Für das laufende Jahr geht der Jahreswirtschaftsbericht zwar von einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage aus, eine deutliche Erholung bleibt aber weiterhin aus. Die für dieses Jahr prognostizierte Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von real 0,2 Prozent hat dabei eine ganze Reihe an Ursachen. Sie ist die Folge der vorangegangenen Krisen, der geldpolitischen Straffungen, des noch labilen weltwirtschaftlichen Umfeldes sowie einiger weiterer Sonderfaktoren. Außerdem musste die Bundesregierung infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 Priorisierungen im Haushalt vornehmen.

Zur nüchternen Wahrheit gehört jedoch auch: Viele unserer wirtschaftlichen Probleme sind hausgemacht. Übermäßige Bürokratie, der Fach- und Arbeitskräftemangel, angesichts der Notwendigkeiten zu wenig private und öffentliche Investitionen – all das bremst die wirtschaftliche Dynamik. Diese Probleme haben sich zum Teil über viele Jahre hinweg angestaut und verfestigt.

Mit dem diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht nimmt die Bundesregierung daher die nachhaltige Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes in den Blick, um eine neue wirtschaftliche Dynamik zu entfachen. Und die Palette der Aufgabenbereiche ist – wie eben gezeigt – groß: Wir müssen die private und öffentliche Investitionstätigkeit stärken, Innovationen erleichtern und die digitale Transformation vorantreiben. Wir brauchen Arbeits- und Fachkräfte – dazu müssen wir in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung investieren, Arbeitsanreize stärken und die Einwanderung von Fachkräften erleichtern. Verfahren bei Planungen und Genehmigungen gilt es, weiter zu verkürzen. Auch den Bürokratieabbau werden wir weiter vorantreiben. Zur Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten wollen wir unsere Handelsbeziehungen weiter vertiefen und ausbauen – auch durch neue Handelsabkommen. Zugleich müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und die effiziente Nutzung von Energie weiter intensiv vorantreiben, um das Fundament für klimaneutrales Wirtschaften zu stärken.

Dabei gilt: Sozialer Ausgleich und Zusammenhalt sowie die Bewahrung der ökologischen Grundlagen sind wesentliche Bedingungen für unsere Freiheit und unseren Wohlstand In diesem Sinne nehmen wir im Jahreswirtschaftsbericht auch in diesem Jahr neben ökonomischen wieder verschiedene weitere Indikatoren in den Blick. So werden etwa ökologische, soziale und gesellschaftliche Wohlfahrtsaspekte erfasst (z. B. Einkommensverteilung, Geschlechtergerechtigkeit, Innovationsfähigkeit, Umweltqualität).

Ein weiterer Artikel dieser Ausgabe befasst sich mit Vermögensungleichheit in Deutschland. Neue Daten der Europäischen Zentralbank ermöglichen spannende neue Einblicke.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre.

Dr. Robert Habeck
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt

02 Editorial
04 Konjunkturschlaglicht
43 Impressum

Wirtschaftspolitik

07 Jahreswirtschaftsbericht 2024: Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken
12 Jahresprojektion der Bundesregierung: Moderate Belebung nach Stagnationsphase
19 Vermögensungleichheit in Deutschland und Europa: Neue Daten der EZB
23 Investitionen in die grüne und digitale Transformation: Wo stehen EU-Unternehmen?
26 Termine

Konjunktur

28 Die wirtschaftliche Lage im Februar 2024
35 BIP Nowcast für das erste Quartal 2024
37 Langsam, aber robust: Globale Wachstumsperspektive zu Jahresbeginn leicht verbessert

DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den Schlaglichter-Newsletter an und verpassen Sie keine Ausgabe mehr: ***schlaglichter/newsletter***

MEHR IM WEB

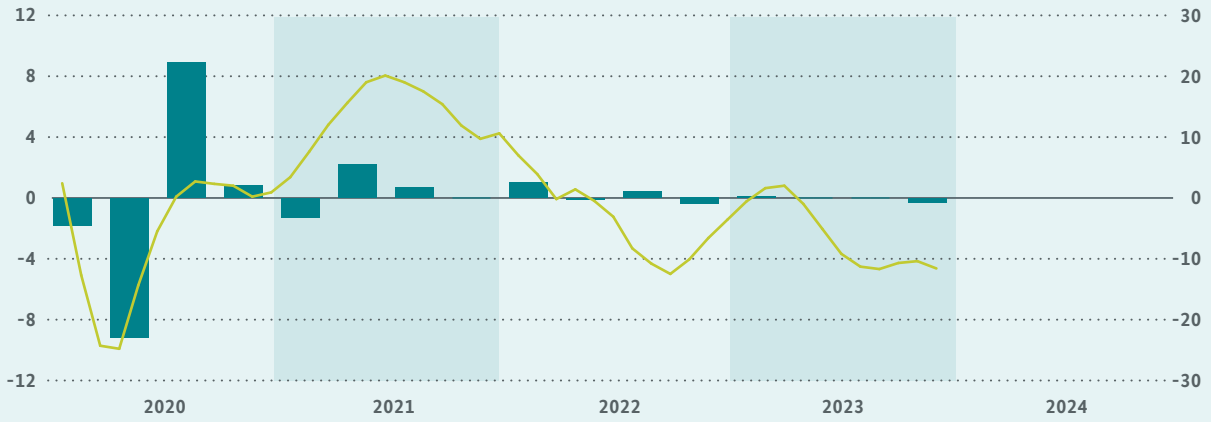
Schlaglichter-Ausgaben online lesen: ***www.bmwk.de/schlaglichter***

KONJUNKTURSCHLAGLICHT
Februar 2024

Schwache Ausgangslage Anfang 2024

Gesamtwirtschaft

BRUTTOINLANDSPRODUKT UND ifo GESCHÄFTSKLIMA*



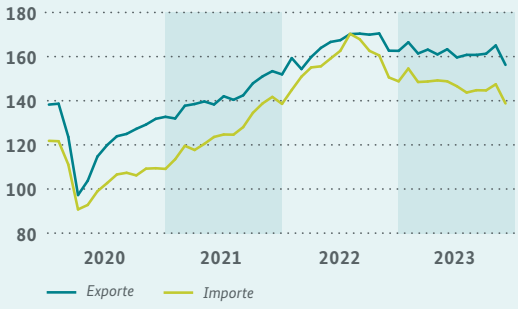
* zentrierte gleitende Drei-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in % bzw. Salden bei ifo

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBk), ifo Institut

BIP-Rückgang zum Jahresende. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im vierten Quartal 2023 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Laut Statistischem Bundesamt waren besonders die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen rückläufig. Frühindikatoren wie Auftragseingänge sowie Geschäfts- und Konsumklima deuten noch keine Konjunkturbelebung im ersten Quartal 2024 an.

AUSSENHANDEL (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN)

Monate, in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Deutsche Bundesbank (BBk)

Außenwirtschaft

Rücksetzer im Außenhandel. Im Dezember sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen deutlich um 5,3 % gegenüber dem Vormonat gefallen. Gleichzeitig sind die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen mit -5,9 % noch kräftiger zurückgegangen. Frühindikatoren wie Auftragseingänge aus dem Ausland, ifo Exporterwartungen, der RWI/ISL-Containerumschlag-Index oder der Kiel Trade Indicator sprechen nicht für eine kurzfristig zunehmende Dynamik.

LEGENDE

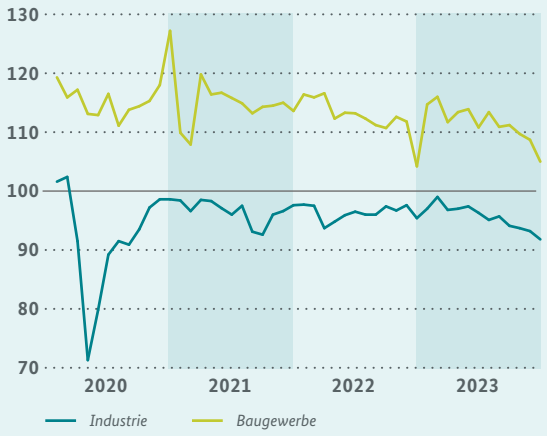
- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020

Produktion

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBk)

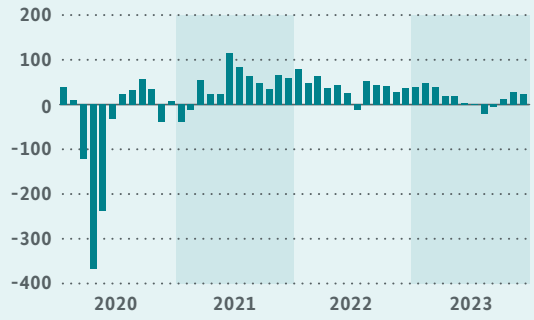
Abwärtstrend in der Produktion hält an. Sowohl die Industrie (-1,5 %) als auch das Baugewerbe (-3,4 %) verringerten ihren Ausstoß im Dezember gegenüber dem Vormonat spürbar. Damit kam es zum Jahresende abermals zu einem merklichen Dämpfer bei der Produktion. Allein der Bereich Energie meldete erneut ein deutliches Plus (+4,1 %). Insgesamt lag die Produktion im vierten Quartal 2023 um 1,8 % unter dem Vorquartal. Eine Trendwende zeichnet sich noch nicht ab.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktlage zum Jahreswechsel weiterhin robust. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im Januar saisonbereinigt (sb) um 2.000 Personen, die Erwerbstätigkeit legte im Dezember zu (sb +24.000 Personen). Frühindikatoren entwickelten sich zuletzt gemischt: Die Zahl der offiziell gemeldeten Stellen stagnierte. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer verbesserte sich dagegen und deutet auf ein Anziehen der Beschäftigungsaussichten hin.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

Privater Konsum

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Schwaches Weihnachtsgeschäft. Der reale Einzelhandelsumsatz war im Dezember erneut um 1,6 % gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Das Weihnachtsgeschäft fiel damit schwächer aus als üblich. Dabei kann auch der hohe Krankenstand die Kauflaune der Konsumentinnen und Konsumenten gedämpft haben. Die Frühindikatoren für die weitere Entwicklung des privaten Konsums zeichnen ein eher pessimistisches Bild.

W

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Jahreswirtschafts-bericht 2024: Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken

Der Jahreswirtschaftsbericht 2024 zeigt: Insbesondere vor dem Hintergrund der geopolitischen Zeitenwende, der Dekarbonisierung und der Demografie steht die deutsche Wirtschaft vor enormen Herausforderungen. Aber auch der über die Jahre aufgebaute Umfang an Bürokratie und Regelungen erschwert die notwendige Transformation. Zuletzt war die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt durch die Auswirkungen der Energiepreiskrise in Verbindung mit einer ausgeprägten weltwirtschaftlichen Schwäche und den zunehmend spürbaren Effekten einer restriktiveren Geldpolitik. Im vergangenen Jahr nahm die Wirtschaftsleistung entsprechend um 0,3 Prozent ab.

Im Jahr 2024 setzt die Bundesregierung ihre angebotsorientierte Wirtschaftspolitik konsequent fort. Im Fokus des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichts steht, wie die Bundesregierung das Wachstumspotenzial stärken, die Resilienz erhöhen und die Transformation erleichtern will.

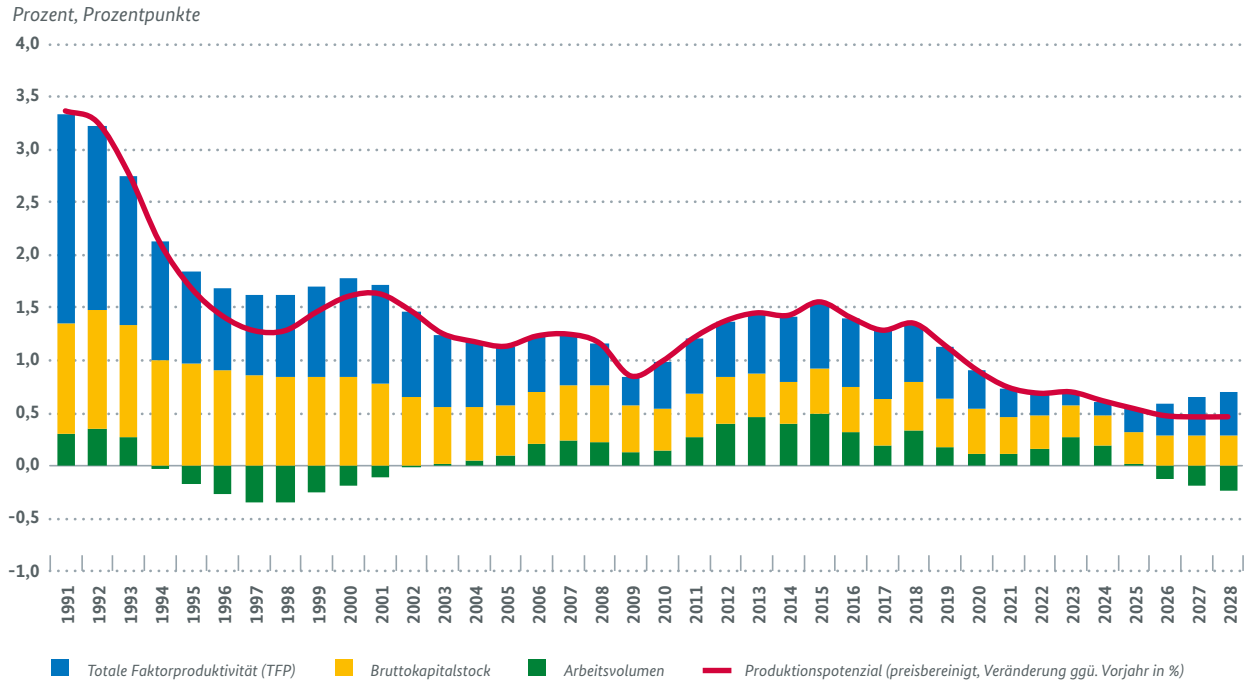
Das Bundeskabinett hat den Jahreswirtschaftsbericht am 21. Februar 2024 beschlossen. Der Bericht erscheint in der Regel jedes Jahr im Januar. In diesem Jahr wurde er aufgrund erneut erforderlicher Haushaltsberatungen nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom November 2023 erst im Februar vorgelegt. Die Bundesregierung stellt im Jahreswirtschaftsbericht ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkte sowie ihre Konjunkturprojektion für das laufende Jahr vor und nimmt zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) Stellung.

STRUKTURELLE HERAUSFORDERUNGEN ANGEHEN

Wie andere entwickelte Volkswirtschaften verzeichnet auch Deutschland seit längerem ein rückläufiges Potenzialwachstum (vgl. Abbildung 1). Für das Jahr 2024 geht die Bundesregierung in der Jahresprojektion von einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 Prozent aus (vgl. Artikel „Jahresprojektion der Bundesregierung“ in dieser Ausgabe). Gleichzeitig kommen wesentliche Elemente von Wohlstand nicht im BIP zum Ausdruck, weshalb die Bundesregierung seit 2022 über das BIP hinausgehende wirtschaftspolitische Indikatoren im Kontext einer umfassenderen Wohlfahrtsmessung systematisch im Jahreswirtschaftsbericht berücksichtigt (vgl. Kasten 1).

Die Sozial-ökologische Marktwirtschaft setzt auf eigenverantwortliche Entscheidungen innerhalb eines wettbewerblichen Ordnungsrahmens. Wachstum kann das Ergebnis dieser Entscheidungen sein. Vorgegebene explizite Wachstumsziele gibt es aber nicht. Ziel ist nachhaltiger und gerecht verteilter Wohlstand. Um dieses Ziel zu erreichen, kann sich Deutsch-

ABBILDUNG 1: WACHSTUMSBEITRÄGE ZUM PRODUKTIONSPOTENZIAL



Quelle: Jahresprojektion 2024 der Bundesregierung

land jedoch keine anhaltende Wachstumsschwäche erlauben. Vielmehr strebt die Bundesregierung – unter Berücksichtigung der ökologischen Grenzen – eine steigende Produktivität und ein stetiges und anhaltendes Wirtschaftswachstum an.

Ausgehend von den vorliegenden Zahlen und den großen Bedarfen für zusätzliche Ausgaben, sei es im Hinblick auf die äußere Sicherheit, den Klimaschutz oder Sozialversicherungssysteme, ist eine Rückkehr zu einer soliden wirtschaftlichen Dynamik notwendig, um die notwendigen Aufgaben ohne tiefgreifende verteilungspolitische Konflikte zu stemmen.

Deshalb nimmt die Bundesregierung verstärkt jene Standortfaktoren in den Blick, die sich im Zuge der letzten Jahre zunehmend als Hindernis für eine dynamischere Entwicklung herausgestellt haben. Neben dem knapper werdenden Angebot an Fach- und Arbeitskräften betrifft dies insbesondere das Energiepreisniveau, aber auch den Umfang an Bürokratie oder die Qualität der öffentlichen Infrastruktur. Anders als in früheren Jahrzehnten muss die Bundesregierung dabei sowohl den Erfordernissen der gesetzlich verankerten Klimaschutzziele als auch dem Ziel der Wirtschaftssicherheit Rechnung tragen. Gleichzeitig geht es nicht, wie etwa in den 1980er Jahren, vor allem darum, die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt zu erhöhen, sondern darum, Arbeitskräfte und Kapital effizienter einzusetzen, nicht zuletzt im Hinblick auf die transformativen Erfordernisse. Hierbei kommt auch dem Thema (Aus)Bildung und Humankapital eine besondere Bedeutung zu. In diesem Sinne setzt die Bundesregierung auf eine zeitgemäße Ausgestaltung ihrer angebotspolitischen Agenda.

ZEHN HANDLUNGSFELDER FÜR EINE NACHHALTIGE STÄRKUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Ausgehend von den großen Herausforderungen der kommenden Jahre setzt die Bundesregierung auf vielfältige angebotspolitische Impulse zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstumspotenzials der deutschen Wirtschaft. Hierbei sind folgende Handlungsfelder von besonderer Bedeutung:

I. Zur Stärkung der transformativen Investitionsdynamik verbessert die Bundesregierung u. a. mit dem geplanten Wachstumschancengesetz die Rahmenbedingungen von Unternehmen.

II. Bürokratie soll stärker begrenzt und Verfahrensdauern deutlich beschleunigt werden. Die Bundesregierung hat daher das Bürokratieentlastungsgesetz IV und die neuen

Kasten 1: Blick über das BIP hinaus: Wohlfahrtmessung zeigt Erfolge und Herausforderungen

Das Wohlergehen der Menschen in Deutschland hängt nicht allein von der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ab, sondern wird durch eine Vielzahl weiterer ökonomischer, sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher Faktoren beeinflusst. Dazu gehören unter anderem soziale Gerechtigkeit, Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen oder eine saubere und intakte Umwelt. Vor diesem Hintergrund enthält der Jahreswirtschaftsbericht 2024 nun bereits zum dritten Mal ein Kapitel zur Wohlfahrtsmessung. Auf diese Weise wird das BIP als zentrale wirtschaftspolitische Kennziffer, das vor allem als Maß für den materiellen Wohlstand gilt, im Lichte der Transformation zu einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft qualitativ ergänzt.

Wie im Vorjahr sind die über 30 ausgewählten Indikatoren, welche grafisch und textlich beschrieben werden, in die folgenden vier Bereiche kategorisiert: „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Grundbedürfnisse“, „Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe“, „Ökologische Grenzen“ sowie „Zukunftsfähigkeit von Staat und Wirtschaft“. Als Ergebnis der im Sommer 2023 durch das BMWK durchgeführten öffentlichen Konsultation (Auswertung siehe Ausgabe Dezember 2023) wurden zudem – in einem ersten Schritt – eine Gesamtübersicht aller Indikatoren ergänzt sowie der Indikator zu den hoch qualifizierten Fachkräften um Personen mit beruflicher Erstausbildung erweitert, damit das gesamte Fachkräftepotenzial abgebildet wird. Darüber hinaus enthält das Indikatorenset nun erstmals einen Indikator zur Biodiversität, der bislang aufgrund einer Überarbeitung nicht aufgenommen werden konnte. In den kommenden Jahren sollen weitere aus dem Konsultationsprozess gewonnene Impulse für die Weiterentwicklung der Wohlfahrtsmessung aufgegriffen werden.

Und wie steht es aktuell um die Wohlfahrt in Deutschland? Die Entwicklung der Indikatoren zeigt – auch beeinflusst durch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre – ein gemischtes Bild der Lage in Deutschland. Positive Signale senden beispielsweise der Anstieg der Erwerbstätigkeit über alle Personengruppen hinweg, der höhere Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie erkennbare Fortschritte beim Umbau unserer Energieversorgung in Richtung Klimaneutralität und Importunabhängigkeit. Gleichzeitig spiegeln sich die konjunkturelle Schwäche, aber auch die strukturellen Herausforderungen in der Wohlfahrtsmessung wider, z. B. in einem zuletzt stagnierenden realen Bruttonationaleinkommen je Einwohner und in einem abnehmenden Fachkräftepotenzial. Vor dem Hintergrund des Ziels, die evidenzbasierte (Wirtschafts-)Politik zu stärken, liefert die Wohlfahrtsmessung wichtige Erkenntnisse für politischen Handlungsbedarf, um die Wohlfahrt der Menschen in Deutschland weiter zu steigern.

Praxis-Checks auf den Weg gebracht. Im Zuge des „Deutschland-Pakts“ arbeiten Bund und Länder gemeinsam an der Digitalisierung der Verwaltung und an effizienteren Planungs- und Genehmigungsverfahren.

III. Die Innovationsfähigkeit insgesamt und Investitionen in Schlüsseltechnologien sind entscheidend für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz. Über die Maßnahmen im Wachstumschancengesetz hinaus unterstützt die Bundesregierung mit der Gigabitstrategie eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser sowie, u. a. über das IPCEI Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien, den Aufbau von Wertschöpfung in Schlüsselbereichen.

IV. Das Angebot an Arbeits- und Fachkräften droht zu einem zentralen Hemmnis für die wirtschaftliche Dynamik der kommenden Jahre zu werden. Um das Arbeitsangebot zu erhöhen, setzt die Bundesregierung u. a. neue Maßnahmen für qualifizierte Erwerbspersonen aus dem Ausland um und zielt auf verbesserte Erwerbsanreize für Ältere sowie Zweitverdienende.

V. Um Kapital zu mobilisieren und die Finanzierungsbedingungen zu stärken, arbeitet die Bundesregierung beispielsweise weiter an der Integration der Kapitalmärkte des EU-Binnenmarktes und verbessert damit die Allokation von Kapital in hochproduktive Wirtschaftszweige.

VI. Die Versorgung mit sicherer, bezahlbarer und zunehmend treibhausgasneutraler Energie stellt eine zentrale Voraussetzung für den Wohlstand Deutschlands dar. Die Bundesregierung erhöht das Angebot und stärkt die Energieeffizienz. Mit Blick auf die kurz- und mittelfristig hohen Stromkosten sorgt sie für Entlastungen und Planungssicherheit für die Industrie.

VII. Die Industrie der Zukunft ist klimaneutral und ressourcenschonend. Mit modernen Anreizstrukturen und einer (schrittweisen) Reduktion ökonomischer Unsicherheiten durch Maßnahmen wie Klimaschutzverträge werden Modernisierungsprozesse beschleunigt, um bei nachhaltigen Herstellungsverfahren und Produkten weltweit eine führende Rolle einzunehmen.

VIII. In der Handelspolitik setzt die Bundesregierung auf deutliche Fortschritte: Zusätzliche bilaterale Verträge schaffen die Möglichkeit für neue Handels- und Investitionsbeziehungen samt sozialen und ökologischen Standards. Außerdem tragen sie zur Resilienz der deutschen Volkswirtschaft bei, indem sie die Rahmenbedingungen für eine Diversifizierung der Lieferbeziehungen verbessern. Gleichzeitig wird durch einen gut funktionierenden und starken europäischen Binnenmarkt garantiert, dass die EU wettbewerbsfähig bleibt.

IX. Ausreichender Wohnraum leistet nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität, sondern ist auch ein wichtiger Standortfaktor hinsichtlich der Attraktivität für ausländische Fachkräfte. Die Bundesregierung treibt den Ausbau von (bezahlbarem) Wohnraum unter dem Vorzeichen der Dekarbonisierung des Gebäudesektors daher vehement voran.

X. Eine gute Mobilität und modernisierte Verkehrsinfrastruktur erhöhen die Attraktivität des Standortes sowie die Produktivität der deutschen Wirtschaft. Um den Investitionsrückständen im Infrastrukturbereich zu begegnen, setzt die Bundesregierung nun vor allem verstärkt Mittel für eine beschleunigte Modernisierung des Schienennetzes ein.

SOZIALE TEILHABE IN ZEITEN DER TRANSFORMATION SICHERSTELLEN

Zu einer ambitionierten Wirtschafts- und Finanzpolitik im Interesse von Wohlstand und Nachhaltigkeit gehört, dass die soziale Teilhabe und die Verteilung des Wohlstandes stets im Blick gehalten werden. Dies gilt es auch bereits bei der Ausgestaltung angebotspolitischer Maßnahmen zu berücksichtigen. In diesem und in den kommenden Jahren der Transformation der deutschen Wirtschaft kommt es auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft und gemeinsame Lösungen im Interesse von Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit an. Neben einer Stärkung von Kaufkraft und verteilungspolitischem Ausgleich kommt es darauf an, sozialstaatliche Leistungen zu modernisieren und langfristigen Vermögensaufbau zu fördern.

Die Bundesregierung verfolgt diese Ziele durch eine Reihe von Maßnahmen, sei es über die Anhebung des Wohngeldes inklusive Einführung einer dauerhaften Heizkostenkomponente, das Bürgergeld, die erstmals sozial ausgerichtete Förderung des Heizungstausches und der Gebäudesanierung oder die bereits erfolgte Entlastung bei der EEG-Umlage. Durch die gebündelten Leistungen in der Kindergrundsicherung werden bedürftige Familien gezielter unterstützt, Verfahren vereinfacht und digitalisiert. Darüber hinaus führt die Bundesregierung die Arbeiten am Aufbau eines Mechanismus für Direktzahlungen fort, um falls nötig die Bevölkerung künftig schneller, zielgerichteter und sozial differenzierter unterstützen zu können.

WOHLSTAND UNTER WAHRUNG ÖKOLOGISCHER GRENZEN

Ob durch den menschengemachten Klimawandel, den fortschreitenden Verlust der biologischen Vielfalt, die weltweiten Verschmutzungen

Kasten 2: Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten des SVR in Bezug auf das Forschungsdatengesetz

Der SVR unterstreicht die hohe Bedeutung von datenbasierten Analysen für gute Entscheidungen in Politik und öffentlicher Verwaltung – zum einen ex ante für eine evidenzbasierte Ausgestaltung von Politikmaßnahmen, zum anderen ex post für die evidenzbasierte Evaluation (vgl. JG Tz 530 ff.). Ein Forschungsdatengesetz sollte zügig auf den Weg gebracht werden. Der Forschung sollte darin ein hohes Gewicht in der Güterabwägung zum Datenschutz eingeräumt werden (vgl. JG Tz 572).

Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung über den Nutzen datenbasierter Analysen und erarbeitet im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe konkrete Maßnahmen, um die Leistungsfähigkeit insbesondere der Wirtschaftsstatistik zu verbessern. Diese Maßnahmen sollen in ein Forschungsdatengesetz einfließen, das spätestens Ende 2024 vorliegen soll. Ziele sind unter anderem, die Zugänglichkeit zu Daten für Forschungszwecke zu verbessern und der Forschung ein hohes Gewicht in der Güterabwägung einzuräumen.

oder sonstige Umweltzerstörungen – die Weltgemeinschaft hat ökologische Grenzen überschritten und ist dabei, weitere Grenzen zu überschreiten. Nicht zuletzt die industrialisierten Volkswirtschaften haben hieran einen Anteil und stehen in der Verantwortung, nachhaltige Wirtschaftsordnungen zu etablieren. Dies gilt auch deshalb, weil die Folgen dieser Grenzüberschreitungen – unter anderem Wetterextreme, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Artensterben oder Wasserknappheit – sich nicht auf die weltweiten Ökosysteme beschränken, sondern letztlich auch den Wohlstand aktueller und künftiger Generationen in Deutschland gefährden. Die Bundesregierung hat sich auf den Weg gemacht, Wohlstand in Deutschland mittel- und langfristig unter Wahrung der ökologischen Grenzen sicherzustellen.

ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DES STAATES SICHERSTELLEN: FINANZPOLITIK NACHHALTIG AUSRICHTEN, PRODUKTIVITÄT DER ÖFFENTLICHEN HAND STEIGERN

Die zurückliegenden Jahre forderten nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft heraus, sondern auch den Staat. Die Krisen der vergangenen Jahre haben außergewöhnliche fiskalpolitische Reaktionen im Interesse einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung erforderlich gemacht. Die schwerpunktmäßig angebotsseitige Wirtschaftspolitik des Jahres 2024 wird flankiert durch eine am Ziel der Tragfähigkeit orientierte Finanzpolitik. Hierbei setzt sie gleichzeitig die notwendigen Prioritäten für öffentliche Investitionen sowie Impulse für mehr private Investitionen.

Die Krisen der jüngeren Vergangenheit haben den Staat jedoch nicht nur finanzpolitisch gefordert. Im Sinne eines effizienten und auch mit Blick auf künftige Herausforderungen handlungs- und belastungsfähigen Staates setzt die Bundesregierung daher auch ihre Maßnahmen zur internen Modernisierung der Verwaltung fort. Ein besonderer Fokus liegt im Jahr 2024 dabei auf Fortschritten hinsichtlich der Verfügbarkeit und Nutzung von Daten. Hier sieht auch der Sachverständigenrat deutlichen Handlungsbedarf (vgl. Kasten 2).

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IA1 – Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik
schlaglichter@bmwk.bund.de

Jahreswirtschaftsbericht 2024: Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken
www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2024.html

Pressemitteilung des BMWK:
www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/02/20240221-jahreswirtschaftsbericht-2024.html

Jahresprojektion der Bundesregierung: Moderate Belebung nach Stagnationsphase

Am 21. Februar hat das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2024 beschlossen. Mit dem Jahreswirtschaftsbericht, der zu Beginn eines jeden Jahres vorgelegt wird, stellt die Bundesregierung ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkte und ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr vor und nimmt zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung.

Der vorliegende Artikel nimmt die Konjunkturprognose der Bundesregierung näher in den Blick. Ein weiterer Artikel dieser Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik befasst sich mit den wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkten der Bundesregierung (vgl. Artikel „Jahreswirtschaftsbericht 2024“ in dieser Ausgabe).

Die Konjunkturprognose der Bundesregierung ist ein zentraler Bestandteil der wirtschaftspolitischen Steuerung. Sie ist u. a. Grundlage der Steuerschätzung des Bundes und somit eine wichtige Grundlage der Haushaltsplanung.

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die Bundesregierung stellt im Jahreswirtschaftsbericht fest, dass die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland im vergangenen Jahr noch deutlich von den Nachwirkungen der vorangegangenen und teils anhaltenden Krisen geprägt war: Der massive Energiepreisanstieg schlug sich mit Verzögerung auch in nachgelagerten Wertschöpfungsstufen nieder und mündete so in einem starken Verbraucherpreisanstieg auf breiter Linie. Insbesondere die dadurch hervorgerufenen erheblichen Kaufkraftverluste dämpften die binnenwirtschaftliche Nachfrage spürbar. Die geldpolitischen Reaktionen der Zentralbanken auf die hohe Inflation dämpften auch das Wirtschaftswachstum bei wichtigen Handelspartnern, was die außenwirtschaftliche Nachfrage spürbar belastete. Hinzu kam ein hoher Krankenstand der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr, der sich über ein verringertes Arbeitsvolumen auch negativ auf die Wertschöpfung ausgewirkt haben dürfte.

In der Jahresprojektion geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft im Jahresverlauf 2024 langsam von diesen Belastungen erholt und wieder an Dynamik gewinnt. Insgesamt wird in der Jahresprojektion für dieses Jahr mit einer Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,2 % gerechnet. 2025 schwenkt die Wirtschaft der Projektion gemäß mit einem Wachstum um 1,0 % wieder auf einen Wachstumspfad ein. Wachstumsimpulse dürften dabei vor allem vom privaten Verbrauch ausgehen: Die inflationsbedingten Kaufkraftverluste der privaten Haus-

halte dürften zunehmend überwunden werden und deutlich anziehende Löhne in Verbindung mit einer insgesamt robusten Beschäftigung zu einer Belebung des privaten Konsums führen. Unterstützt wird die Erholung von Maßnahmen der Bundesregierung, die Unternehmen und private Haushalte entlasten, den Investitionsstandort Deutschland stärken und damit Wachstumsimpulse setzen. Hierzu zählen das Wachstumschancengesetz und Maßnahmen aus dem „Wohnbaugipfel“ sowie weitere Steuerentlastungen.

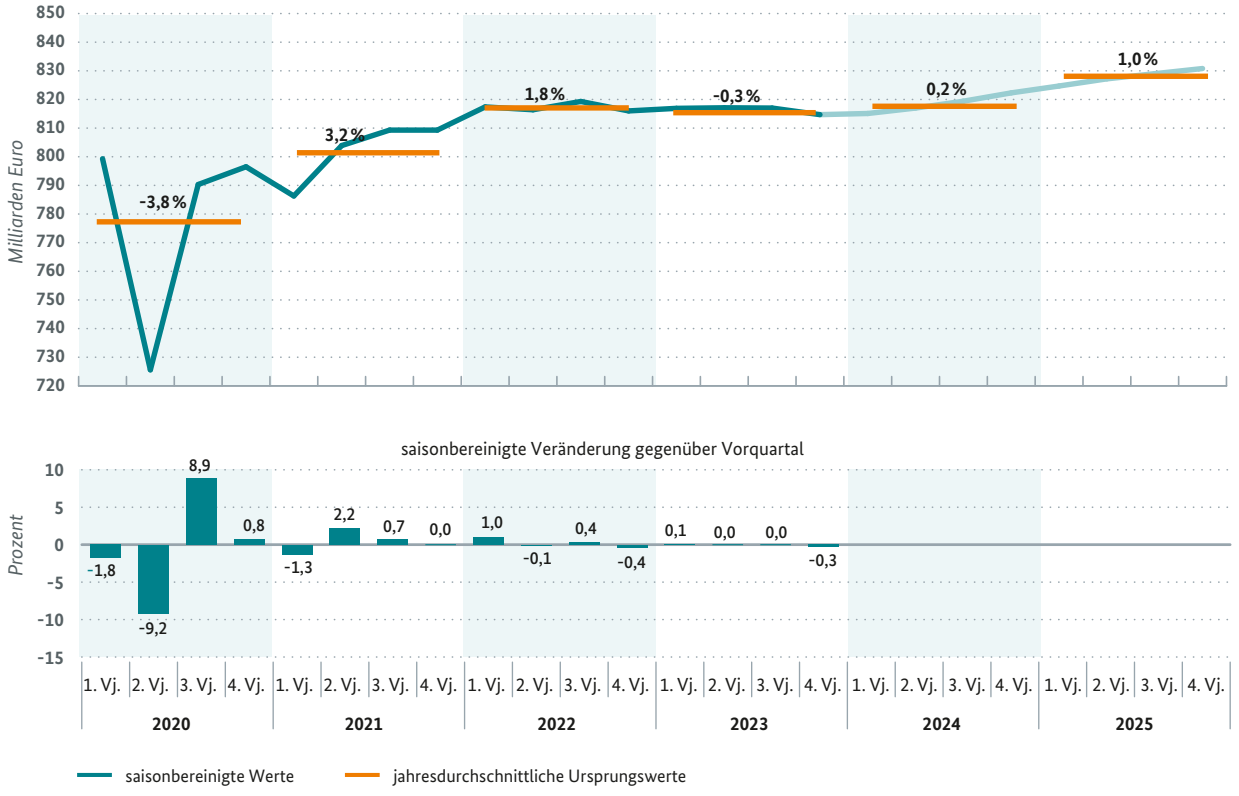
Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte spürbar abnehmen und sich nach einer jahresdurchschnittlichen Rate von 5,9 % im vorangegangenen Jahr weiter deutlich auf 2,8 % im laufenden Jahr verringern. Im Jahr 2025 dürfte die Inflationsrate mit 1,9 % wieder nahe dem EZB-Zielwert von 2,0 % liegen.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren weiterhin positiv darstellt. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich weiter fortsetzen, wenn auch mit etwas geringerer Dynamik als im Vorjahr. Nach einem leichten jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr wird im Zuge der konjunkturellen Erholung 2025 ein Rückgang erwartet.

Die weltwirtschaftliche Nachfrage blieb im vergangenen Jahr im Zuge der spürbaren geldpolitischen Straffungen und gestiegener geopolitischer Risiken und Unsicherheiten insgesamt schwach. Auch für 2024 ist nur ein unterdurchschnittliches Wachstumstempo der Weltwirtschaft zu erwarten. Deshalb rechnet die Bundesregierung mit einer verhaltenen Exportentwicklung und privaten Ausrüstungsinvestitionen. Ein Rückgang bei den Bauinvestitionen aufgrund deutlich gestiegener Finanzierungs- und Baukosten dürfte dazu führen, dass die realen Anlageinvestitionen insgesamt in diesem Jahr erneut leicht zurückgehen.

Zu den Risiken für die dargestellte Entwicklung gehören hohe Unsicherheiten mit Blick auf die geopolitischen Konflikte, die zu erneuten Preisanstiegen, u. a. bei der Energie, führen könnten. Chancen für eine günstigere Entwicklung bestehen, wenn die Inflation schneller als angenommen zurückgeht, die Leitzinsen früher als erwartet gesenkt und damit vermehrt Investitio-

ABBILDUNG 1: BIP-VERLAUF



Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahresprojektion der Bundesregierung

nen angeregt werden oder die weltwirtschaftliche Belebung kräftiger ausfällt.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum. Die Eckwerte der Jahresprojektion 2024 können Tabelle 1 entnommen werden.

WELTWIRTSCHAFT EXPANDIERT WEITER NUR UNTERDURCHSCHNITTLICH, BELEBUNG DER DEUTSCHEN EXPORTE FÜR 2025 ERWARTET

Die weltwirtschaftliche Nachfrage blieb 2023 im Zuge der spürbaren geldpolitischen Straffungen und gestiegener geopolitischer Risiken und Unsicherheiten insgesamt schwach. Auch für 2024 ist nur ein unterdurchschnittliches Wachstumstempo der Weltwirtschaft zu erwarten.

Dazu dürften eine Abkühlung der US-Konjunktur und eine Abschwächung der chinesischen Wirtschaft beitragen.

In der EU als größtem deutschen Absatzmarkt dürfte die wirtschaftliche Aktivität, nach kaum mehr als einer Stagnation im Jahr 2023, erst allmählich wieder Fahrt aufnehmen. Bei weiter rückläufigen Inflationsraten, steigender Kaufkraft und robuster Arbeitsmarktlage ist mit einer anziehenden Konsumnachfrage der privaten Haushalte in der EU zu rechnen, die maßgeblich zur konjunkturellen Erholung beiträgt.

Insgesamt ist sowohl in diesem Jahr als auch für 2025 eine ähnliche Expansionsrate der Weltwirtschaft wie im Jahr 2023 von rund 3 % zu erwarten. Das mit den deutschen Exportanteilen gewichtete weltweite Wachstum, bei dem das Wachstum von Ländern umso höher gewichtet wird, je größer die deutschen Exporte in das betreffende Land sind, dürfte nach lediglich 1,7 % im Jahr 2023 mit rund 2 % in diesem Jahr und 2,3 % im Jahr 2025 erneut unterproportional zur Weltwirtschaft zunehmen. Nach der historisch schwachen Entwicklung des Welthandelsvolumens von +0,4 % im Jahr 2023 rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2024 auf Basis der Prognosen internationaler Organisationen mit einer moderaten Belebung um rund 3 %, 2025 dürfte das Welthandelsvolumen um 3,6 % zunehmen. Die deutschen Absatzmärkte dürften mit der erwarteten Erholung in den europäischen Ländern mit einer ähnlichen Rate in der Höhe von 3,2 % (2024) beziehungsweise 3,4 % (2025) expandieren.

Für das Jahr 2024 wird von einer Steigerung der preisbereinigten Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen um 0,6 % ausgegangen. Die Frühindikatoren für die deutschen Ausfuhren deuten zwar zunächst noch auf ein schwaches Winterhalbjahr hin. Im Laufe des Jahres 2024 ist aber – nach Abschluss der globalen Lageranpassungen im Verarbeitenden Gewerbe – mit einer graduellen Erholung der Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten zu rechnen. Für 2025 wird angesichts der erwarteten Belebung im europäischen Raum ein deutlicheres Wachstum der deutschen Ausfuhren von 3,4 % erwartet. Im Zuge der binnenwirtschaftlichen Belebung, insbesondere der anziehenden Konsumnachfrage, dürfte die Zuwachsrate der preisbereinigten Importe in beiden Jahren etwas über den Veränderungsraten des Exports liegen (2024: +0,8 %; 2025: +3,7 %). Damit ist im Prognosezeitraum vom Außenbeitrag kein rechnerischer Wachstumsimpuls zu erwarten.

INVESTITIONEN ERHOLEN SICH NUR SCHLEPPEND, ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN GEBEN IMPULSE

Trotz der wirtschaftlichen Stagnation im vergangenen Jahr verlief die Investitionsentwicklung vergleichsweise robust. Hierbei haben allerdings auch Sondereffekte wie Anschaffungen aus dem Bundeswehr-Sondervermögen oder Impulse aus der Umweltprämie bei gewerblichen Neuzulassungen von E-Autos und anderen elektrischen Kraftfahrzeugen eine Rolle gespielt. Dennoch konnte das Investitionsvolumen nicht an das preisbereinigte Niveau vor der Corona-Krise anschließen. Die Entwicklung wurde vor allem durch höhere Finanzierungskosten infolge der straffen Geldpolitik, die schwache Auslandsnachfrage, Produktionsrückgänge bei energieintensiven Industrien und die erhöhte Unsicherheit vor dem Hintergrund der geopolitischen Krisen belastet.

→

Annahmen der Jahresprojektion 2024

Entsprechend den Prognosen internationaler Organisationen nimmt die Bundesregierung für die Weltwirtschaft ein preisbereinigtes Wachstum in Höhe von 3,1 % in diesem Jahr und 3,2 % im kommenden Jahr an.

Für die Entwicklung der Energiepreise wird eine technische Annahme auf Basis von Terminnotierungen zum Zeitpunkt des Projektionsabschlusses getroffen. Demnach wird für 2024 ein durchschnittlicher Rohölpreis für ein Fass der Sorte Brent von rund 77 US-Dollar unterstellt und für 2025 ein Preis von 74 US-Dollar. Für den Gaspreis wird für den Jahresdurchschnitt 2024 ein Preis von 31 Euro pro MWh erwartet und für 2025 ein Preis von 33 Euro pro MWh. Der Leitzins der Europäischen Zentralbank liegt aktuell bei 4,5 %. Für die kommenden beiden Jahre wird auf Basis von Experteneinschätzungen (Consensus Forecast) ein jahresdurchschnittlicher Leitzins von 4,1 % beziehungsweise 3,2 % unterstellt.

Die Investitionstätigkeit stützen dürften Maßnahmen der Bundesregierung aus dem Wachstumschancengesetz oder Investitionszuschüsse des Klima- und Transformationsfonds, die sich sowohl an Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen richten. Wichtig bleiben im kommenden Jahr staatliche Investitionen: Öffentliche Bauinvestitionen und Investitionen aus dem Sondervermögen der Bundeswehr dürften 2024 kräftig zulegen.

Die unsicheren Rahmenbedingungen spiegeln sich auch in der Indikatorenlage der Ausrüstungsinvestitionen wider. Die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten befinden sich auf einem ähnlich verhaltenen Niveau wie während der Hochphase der Finanzkrise 2009. Allerdings ist am aktuellen Rand eine gewisse Bodenbildung auszumachen. Mit einer allmählichen Belebung der globalen Wachstumsdynamik und des Welthandels – insbesondere in den für Deutschland bedeutsamen Absatzmärkten in Europa – dürfte die Kapazitätsauslastung in der Industrie wieder ansteigen und zu einer Belebung der Ausrüstungsinvestitionen führen. Aufgrund des schwachen Jahresauftakts rechnet die Bundesregierung für das Gesamtjahr 2024 aber nur mit einem leichten Wachstum von preisbereinigt 0,5 %, bevor die Ausrüstungsinvestitionen im Folgejahr wieder an Schwung gewinnen (+3,2 %).

Die Bauinvestitionen werden zwar weiter von einem grundsätzlichen Bedarf an Wohnraum, vor allem in den Ballungsräumen, gestützt. Hohe Baukosten und ungünstigere Finanzierungsbedingungen sorgten in den vergangenen Monaten aber für rückläufige Auftragseingänge sowie hohe Stornierungsraten und führten somit zu einem deutlichen Rückgang des zuvor noch hohen Auftragsbestands. Angebotsseitig behindert der immer mehr in den Vordergrund tretende Fachkräftemangel die Realisierung von Bauvorhaben. Diese Umstände sorgen dafür, dass die Bauinvestitionen im laufenden Jahr preisbereinigt erneut um 2,2 % sinken dürften, bevor sie 2025 um 0,7 % leicht zulegen.

Insgesamt erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2024 preisbereinigt eine Abnahme der gesamten Bruttoanlageinvestitionen um 0,7 % und 2025 einen Anstieg um 1,7 %.

INFLATION GEHT WEITER ZURÜCK

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Jahresverlauf 2023 vor allem infolge der deutlich rückläufigen Energie- und Rohstoffpreise spürbar abgeschwächt. Lag die Inflationsrate im Januar 2023 im Vorjahresvergleich noch bei 8,7 %, fiel sie im Januar 2024 mit 2,9 % auf den niedrigsten Wert seit Juni 2021. Im Jahresdurchschnitt 2023 lagen die Verbraucherpreise 5,9 % über dem Vorjahr, die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) bei 5,1 %, da der Energiepreisanstieg aus dem Jahr 2022 auf nachgelagerte Wertschöpfungsstufen überwälzt wurde.

Die Inflationsentwicklung dürfte vor allem in der ersten Jahreshälfte spürbar durch politische Maßnahmen mitbestimmt werden, die teils inflationserhöhend wirken. So laufen verschiedene temporäre Maßnahmen aus, die im Zuge der Corona- und Energiekrise zur Entlastung von privaten Haushalten eingeführt worden waren und vorübergehend einen senkenden Effekt auf die Inflationsrate hatten. Hierzu zählen insbesondere die Absenkung der Umsatzsteuersätze in der Gastronomie und für die Lieferung von Gas und Fernwärme sowie die Preisbremsen für Strom und Gas. Hinzu kommen die Erhöhung der CO_2-Bepreisung im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) sowie die Entscheidungen der Bundesregierung, den Zuschuss des Bundes zu den Netzentgelten bei Strom nicht fortzuführen.

Diesen temporär inflationserhöhenden Effekten stehen jedoch inflationsdämpfende Faktoren gegenüber. So sprechen Notierungen auf den Terminmärkten für Energie und die hohen Speicherfüllstände bei Gas nach den rückläufigen Preisen der letzten Monate für eine weiterhin moderate Energiepreisentwicklung. Ein weiterer Grund für eine rückläufige Preisdynamik ist die Wirkung der geldpolitischen Straffung der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die jüngsten Tarifabschlüsse geben keine Anhaltspunkte für eine Lohn-Preis-Spirale. Sie zielten auf einen Ausgleich der inflationsbedingten Kaufkraftverluste und nutzten dazu häufig auch die steuerfreien Inflationsausgleichsprämien.

Insgesamt erwartet die Bundesregierung nach einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Inflationsrate von 5,9 % im Jahr 2023 eine deutliche Abschwächung auf 2,8 %. Die Kerninflation, die die stark volatilen Preise für Energie und Nahrungsmittel nicht berücksichtigt, dürfte sich nach 5,1 % im vergangenen Jahr auf 2,9 % verringern. 2025 dürften die Inflations- und die Kernrate jeweils mit jahresdurchschnittlich 1,9 % wieder etwas unterhalb die EZB-Zielmarke von 2 % fallen.

ARBEITSMARKT TROTZ ANHALTENDER SCHWÄCHEPHASE STABIL

Der Arbeitsmarkt erweist sich angesichts der wirtschaftlichen Schwächephase bis zuletzt als widerstandsfähig, auch wenn sich die Dynamik im Verlauf merklich abgeschwächt hat. Die Zahl der offenen Stellen ist laut Umfrageergebnis des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) trotz der konjunkturellen Flaute im Vorjahr mit rund 1,7 Millionen weiterhin hoch. Trotz der verhaltenen BIP-Entwicklung hatte die Erwerbstätigkeit im Herbst 2023 erstmals 46,0 Millionen Personen überschritten und erreichte im Jahresdurchschnitt einen Wert von 45,9 Millionen Erwerbstätigen. Der Fachkräftemangel stellt für Unternehmen weiterhin eine große Herausforderung dar und bremst den Beschäftigungsaufbau. Früh-

indikatoren des IAB deuten für das laufende Jahr aber auf weitere moderate Zuwächse bei der Erwerbstätigkeit hin. In der Jahresprojektion wird daher für 2024 ein erneuter leichter Zuwachs der Erwerbstätigkeit um 110.000 Beschäftigte erwartet. Im Jahr 2025 dürfte sich der Zuwachs angesichts des demografischen Wandels auf 70.000 Erwerbstätige abschwächen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit war im Vorjahr vor allem wegen der schwachen konjunkturellen Entwicklung angestiegen, da Unternehmen zurückhaltender bei Neueinstellungen waren und sich damit die Wahrscheinlichkeit, aus der Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung aufzunehmen, vermindert hat. Bis zum Frühjahr dürfte es nur zu einer schwachen Dynamik bei der Arbeitslosigkeit kommen. Die erwartete wirtschaftliche Erholung dürfte aber mit zeitlicher Verzögerung auch zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit im späteren Jahresverlauf führen. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird, insbesondere aufgrund des statistischen Überhangs aus dem Jahr 2023, ein Anstieg von 85.000 Personen angenommen. Mit der erwarteten wirtschaftlichen Erholung dürfte es 2025 dann zu einem merklichen Abbau der Arbeitslosigkeit um 130.000 Personen kommen.

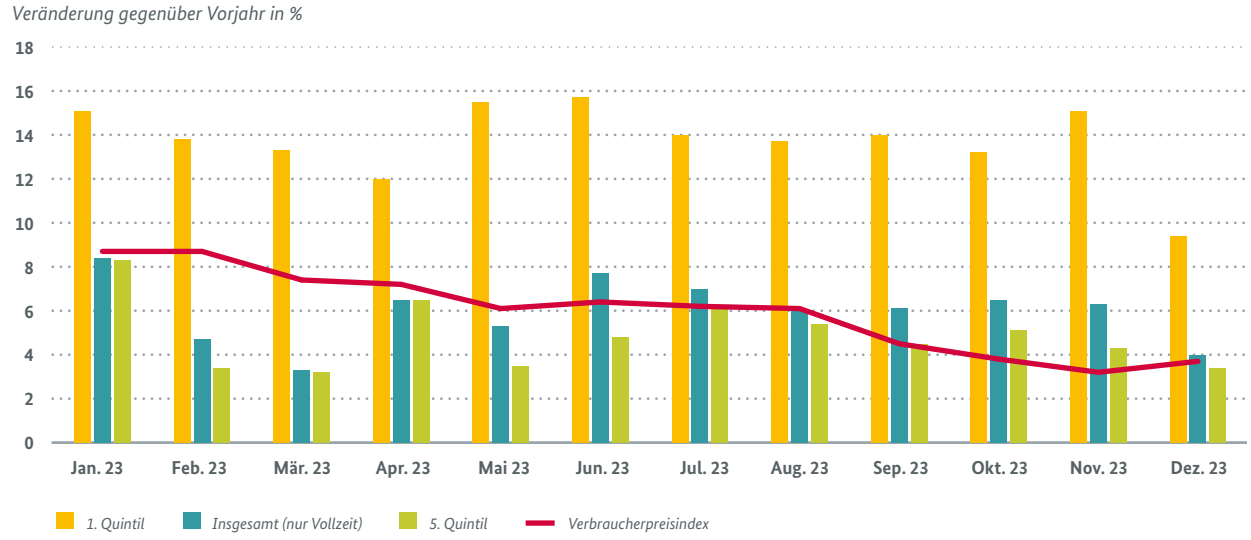
Der Beschäftigungsaufbau wird auch 2024 vorwiegend durch einen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten war während der Corona-Krise stark zurückgegangen, hat sich aber seitdem wieder erholt; hier sind nur geringe weitere Zuwächse zu erwarten. Die Zahl der Selbständigen dürfte in etwa stabil bleiben. Altersbedingte Abgänge aus dem Arbeitsmarkt werden von der fortschreitenden Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten aus der Ukraine kompensiert. Bereits seit Anfang 2023 werden die Netto-Zuwächse bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausschließlich durch Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft getragen. Zudem wird eine weiter steigende Erwerbsquote erwartet, sodass das Erwerbspersonenpotenzial weiter zunimmt.

STEIGENDE EINKOMMEN STÄRKEN PRIVATEN KONSUM

Die Einkommen privater Haushalte befinden sich weiter im Aufwind. Bereits im vergangenen Jahr war es zu einem kräftigen Anstieg der nominalen Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer) von über 6 % gegenüber dem Vorjahr gekommen, der real aber fast vollständig von der hohen Inflationsrate kompensiert wurde. Neben steigenden Tariflöhnen war das kräftige nominale Plus auch auf die Mindestlohnanhebung im Oktober 2022 zurückzuführen. Dabei stiegen die Nominallöhne von Geringverdienenden prozentual am stärksten (vgl. Abbildung 2): Unter den Vollzeitbeschäftigten hatte das Fünftel mit den geringsten Verdiensten (1. Quintil) mit einem durchschnittlichen Nominallohnwachstum von knapp 14 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die stärksten Verdienststeigerungen. Sie lagen damit deutlich über der Entwicklung der Verbraucherpreise im selben Zeitraum. Auch die geringfügig Beschäftigten wiesen ein überdurchschnittliches Nominallohnwachstum auf. Dies ist laut Statistischem Bundesamt vor allem

→

ABBILDUNG 2: ENTWICKLUNG DER NOMINALLÖHNE NACH EINKOMMENSGRUPPEN



Quelle: Statistisches Bundesamt

auf die Erhöhung der Minijob-Verdienstgrenze von monatlich 450 Euro auf 520 Euro sowie auf die Mindestlohnerhöhung von 10,45 Euro auf 12 Euro zurückzuführen. Zudem profitieren die unteren Einkommensgruppen prozentual stärker von Einmal- beziehungsweise Pauschalzahlungen, die in den Tarifabschlüssen in der Regel über die Einkommensgruppen hinweg gleich hoch ausfallen: Die Bundesregierung hatte mit der Inflationsausgleichsprämie als ein Ergebnis der konzertierten Aktion die Zahlung von steuer- und abgabenfreien Einmalzahlungen über die dauerhaften Lohnsteigerungen hinaus ermöglicht.

Unter anderem auf Basis abgeschlossener und laufender Tarifverhandlungen geht die Bundesregierung in der Jahresprojektion von einem erneut kräftigen Effektivlohnanstieg in Höhe von durchschnittlich rund 5,3 % in diesem Jahr aus, nach rund 6 % im Jahr 2023 (2025: +3,5 %). Wegen der gleichzeitig weiter nachlassenden Verbraucherpreisdynamik nehmen mittlerweile auch die Reallöhne wieder zu und diese Entwicklung dürfte sich im Jahresverlauf weiter fortsetzen.

Insgesamt dürften die nominalen verfügbaren Einkommen der Haushalte, zu denen neben den Nettolöhnen auch staatliche Sozialleistungen und Selbständigen- und Vermögenseinkommen zählen, in diesem Jahr um 3,8 % und im nächsten Jahr um 2,8 % deutlich zunehmen.

Durch die kräftigen Einkommenssteigerungen bei rückläufigen Inflationsraten wird im laufenden Jahr auch die reale Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher wieder spürbar steigen. Zudem wird erwartet, dass die Sparquote von ihrem aktuell im historischen Vergleich noch erhöhten Niveau etwas sinken wird. Aufgrund der Lockdowns war es während der Corona-Pandemie zu starken Anstiegen der Sparquote gekommen. Seitdem ging diese zwar deutlich zurück, lag im Jahr 2023 aber immer noch über ihrem langfristigen Durchschnitt. Dazu könnten sowohl eine höhere Einkommensunsicherheit angesichts der konjunkturellen Schwächephase und der starken Preisanstiege als auch anstehende Nachzahlungen von Wohnnebenkosten im Jahresverlauf 2023 wegen der gestiegenen Energiekosten im Jahr 2022 eine Rolle gespielt haben. Beide Effekte dürften im Laufe dieses Jahres abnehmen.

PRODUKTIONSLÜCKE, PRODUKTIONSPOTENZIAL UND MITTLERE FRIST

Das Produktionspotenzial beschreibt die wirtschaftliche Aktivität einer Volkswirtschaft bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren (konjunkturbereinigte beziehungsweise strukturelle, trendmäßige Wirtschaftsleistung).

Das Wachstum des Produktionspotenzials wird in den kommenden Jahren durch die demografische Entwicklung gedämpft. Für 2024 erwartet die Bundesregierung ein preisbereinigtes Potenzialwachstum in Höhe von 0,6 %. Bis zum Ende der mittleren Frist im Jahr 2028 sinkt die Wachstumsrate auf 0,5 %.

Die Produktionslücke (BIP abzüglich Produktionspotenzial) ist mit einem prognostizierten Wert von rund -1,2 % des Produktionspotenzials für das laufende Jahr deutlich negativ, die Wirtschaftsaktivität liegt unter ihren Möglichkeiten. Im nächsten Jahr wird sich der Betrag der negativen Produktionslücke im Zuge der erwarteten, über der Potenzialrate liegenden Zunahme des BIP wieder vermindern, aber immer noch außerhalb des Korridors der Normalauslastung liegen.

CHANCEN UND RISIKEN

Die vorgelegte Jahresprojektion bildet die aus Sicht der Bundesregierung wahrscheinlichste Entwicklung in den Jahren 2024 und 2025 ab. Es bestehen allerdings erhebliche Abwärtsrisiken für die dargestellte Entwicklung, die vor allem aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld resultieren. Sollten sich die geopolitische Lage verschärfen und Konflikte weiter eskalieren, könnte der Welthandel empfindlich gestört werden. Auch zusätzliche Sanktionen oder erneute Preisanstiege bei Energieträgern und Vorprodukten könnten die Abläufe auf dem Weltmarkt beeinträchtigen.

Den Risiken stehen aber auch Chancen für eine günstigere Entwicklung gegenüber. So könnte die Inflationsrate schneller zurückgehen als angenommen, worauf auch eine zeitigere Senkung der Leitzinsen folgen könnte. Dadurch könnte auch die wirtschaftliche Belebung kräftiger ausfallen. Ebenso würde eine ausgeprägtere Dynamik der Weltwirtschaft, gegebenenfalls auch im Zuge einer nachlassenden geopolitischen Unsicherheit, die Exportentwicklung begünstigen. Denkbar ist auch, dass die Investitionen in Klimaschutz auch dank komplementärer staatlicher Maßnahmen schneller anziehen als erwartet.

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referate:
IC1 – Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
IC3 – Wachstum, Demografie, Statistik
schlaglichter@bmwk.bund.de

Jahreswirtschaftsbericht 2024: Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken
www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2024.html

Pressemitteilung des BMWK:
www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/02/20240221-jahreswirtschaftsbericht-2024.html

ECKWERTE DER JAHRESPROJEKTION 2024

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland [1]	2023	Jahresprojektion 2024	Jahresprojektion 2025
	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben		
ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	**-0,3**	**0,2**	**1,0**
Erwerbstätige (im Inland)	0,7	0,2	0,2
BIP je Erwerbstätigen	-1,1	0,0	0,9
BIP je Erwerbstätigenstunde	-0,9	-0,8	0,8
nachrichtlich:			
Erwerbslosenquote in Prozent (ESVG-Konzept) [2]	*2,8*	*2,9*	*2,8*
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der BA) [2]	*5,7*	*5,9*	*5,6*
VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	5,5	3,9	2,8
Staat	4,2	5,4	3,2
Bruttoanlageinvestitionen	6,1	2,0	3,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	*64,1*	*53,7*	*53,8*
Inlandsnachfrage	3,9	3,5	3,1
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	*173,7*	*178,2*	*171,3*
Außenbeitrag (in Prozent des BIP)	*4,2*	*4,2*	*3,9*
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	**6,3**	**3,5**	**2,8**
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	-0,8	1,1	1,0
Staat	-1,7	0,7	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	-0,7	1,7
Ausrüstungen	3,0	0,5	3,2
Bauten	-2,1	-2,2	0,7
Sonstige Anlagen	-0,6	2,0	2,0
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) [3]	*0,0*	*-0,3*	*0,0*
Inlandsnachfrage	-0,9	0,3	1,1
Exporte	-1,8	0,6	3,4
Importe	-3,0	0,8	3,7
Außenbeitrag (Impuls) [3]	*0,6*	*0,0*	*0,0*
Bruttoinlandsprodukt (real)	**-0,3**	**0,2**	**1,0**
Preisentwicklung (2020 = 100)			
Verbraucherpreisindex	5,9	2,8	1,9
Konsumausgaben der privaten Haushalte	6,4	2,8	1,8
Inlandsnachfrage	4,8	3,2	2,0
Bruttoinlandsprodukt [4]	6,6	3,2	1,8
VERTEILUNG des Bruttonationaleinkommens (BNE)			
(Inländerkonzept)			
Arbeitnehmerentgelte	6,7	5,6	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,5	-4,2	-0,2
Volkseinkommen	6,6	2,6	2,6
Bruttonationaleinkommen	6,5	3,5	2,7
nachrichtlich (Inländerkonzept):			
Arbeitnehmer	0,9	0,3	0,1
Bruttolöhne und -gehälter	7,0	5,6	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	6,1	5,3	3,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	5,9	3,8	2,8
Sparquote in Prozent [5]	*11,3*	*11,1*	*10,9*

Quellen: Statistisches Bundesamt 2023; Jahresprojektion 2024 der Bundesregierung.

1 Bis 2023 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2024.
2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen; Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.
3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).
4 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2023: 6,8 %; 2024: 5,2 %; 2025: 2,6 %.
5 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.

Vermögensungleichheit in Deutschland und Europa: Neue Daten der EZB

Insbesondere in krisengeprägten Zeiten, zum Beispiel im Zuge hoher Inflation, kommt der Verteilung von Vermögen eine besondere Aufmerksamkeit zu. Denn vorhandenes Vermögen kann dazu genutzt werden, krisenbedingte Entwicklungen, aber auch individuelle Risiken abzufedern. Daher spielen der Vermögensaufbau bzw. die Vermögensverteilung auch aus wirtschaftspolitischer Sicht eine wichtige Rolle. Um Ansatzpunkte für politische Maßnahmen zu identifizieren, ist allerdings eine genaue Analyse von Vermögensentwicklungen auf Haushaltsebene wichtig. Nur so lässt sich zum Beispiel feststellen, welche Bevölkerungsgruppen in Zeiten hoher Inflation für Kaufkraftverluste besonders anfällig sind.

Bisher waren solche Analysen, vor allem wenn sie möglichst aktuell sein sollten, mit mehreren Problemen behaftet. Aufgrund fehlender Registerdaten auf Ebene einzelner Privathaushalte basierten bisherige Datenquellen zu Vermögen und Vermögensverteilungen zumeist auf Umfragen. Diese können aber ungenaue oder unvollständige Angaben beinhalten und stehen in der Regel auch nicht jährlich zur Verfügung.

„VERTEILUNGSBASIERTE VERMÖGENSBILANZ" DER EZB INTEGRIERT VERSCHIEDENE DATENSÄTZE

Mit den „Distributional Wealth Accounts" (DWA) bzw. der „verteilungsbasierten Vermögensbilanz" hat die Europäische Zentralbank (EZB) bzw. das Europäische System der Zentralbanken im Januar 2024 deshalb einen neuartigen, experimentellen Datensatz zu diversen vermögensbezogenen Kennzahlen für alle Mitgliedstaaten des Euroraums veröffentlicht. Die Daten basieren auf einer jeweils landesspezifischen Integration von Haushaltsumfragen mit der Vermögensbilanz von Sach- und Geldvermögen im Rahmen der Gesamtwirtschaft. Für Deutschland dient das Panel „Private Haushalte und ihre Finanzen" (PHF) der Bundesbank als Umfragedatensatz; auch die Vermögensbilanz von Sach- und Geldvermögen stellt die Bundesbank bereit (vgl. Kasten 1). Neben den Ergebnissen für einzelne Länder sind auch zusammengefasste Ergebnisse für alle teilnehmenden Länder abrufbar.

HÖHERE AKTUALITÄT DER NEUEN DATEN UND BERÜCKSICHTIGUNG HOHER VERMÖGEN

Der neu veröffentlichte Datensatz adressiert einige der bestehenden Datenlücken. Die Datenkombination nutzt neben den Verteilungsinformationen aus der Vermögensbefragung auf Haushaltsebene auch die Niveauveränderungen in der vierteljährlichen gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz. Dies ermöglicht eine höhere Aktualität der Vermögensberichterstattung (Stand des Datensatzes für Deutschland ist derzeit der 30.06.2023), die durch bestehende Umfragedaten nicht erreicht werden kann. Umfragedaten wie das PHF, aber

→

auch Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) oder der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) liefern nur alle 3 bis 5 Jahre Ergebnisse, die zudem erst mit einer Verzögerung von 2 bis 3 Jahren bereitgestellt werden.

Ein weiterer Fortschritt besteht in der besseren Abbildung besonders hoher Vermögen und Marktwerte, die durch die Berücksichtigung aktueller gesamtwirtschaftlicher Vermögenswerte gewährleistet werden kann. Umfragedaten alleine beinhalten zumeist nur ungenügende Informationen über Hochvermögende. Von Haushalten selbst eingeschätzte Vermögenswerte können zudem Messungenauigkeiten aufweisen. Diese Fehlerquellen bei Umfragedaten sind unter anderem auch dafür verantwortlich, dass verschiedene Umfragedatensätze (SOEP, EVS, PHF) in der Regel zu leicht bis deutlich abweichenden Ergebnissen kommen – angefangen von den Kennziffern zur Vermögensverteilung bis hin zum Gesamtvermögen privater Haushalte. Vergleicht man zum Beispiel das aus den Haushaltsbefragungen errechnete Gesamtvermögen mit den Daten der Vermögensbilanz, so ergibt sich für Deutschland eine Differenz von 20 Prozent. Um diese Lücke zu schließen und korrekt zu beziffern, werden in dem neuen Datensatz unter Hinzunahme statistischer Methoden auch Informationen aus so genannten „Reichenlisten" (z. B. des Manager-Magazins) sowie einer Hochvermögendenstichprobe des SOEP verwendet. Bereits vor Veröffentlichung des neuen Datensatzes durch die Europäische Zentralbank haben Albers et al. (2022) gezeigt, dass und wie eine solche Vorgehensweise für Deutschland funktioniert.

GRENZEN: RENTENANSPRÜCHE NICHT ERFASST

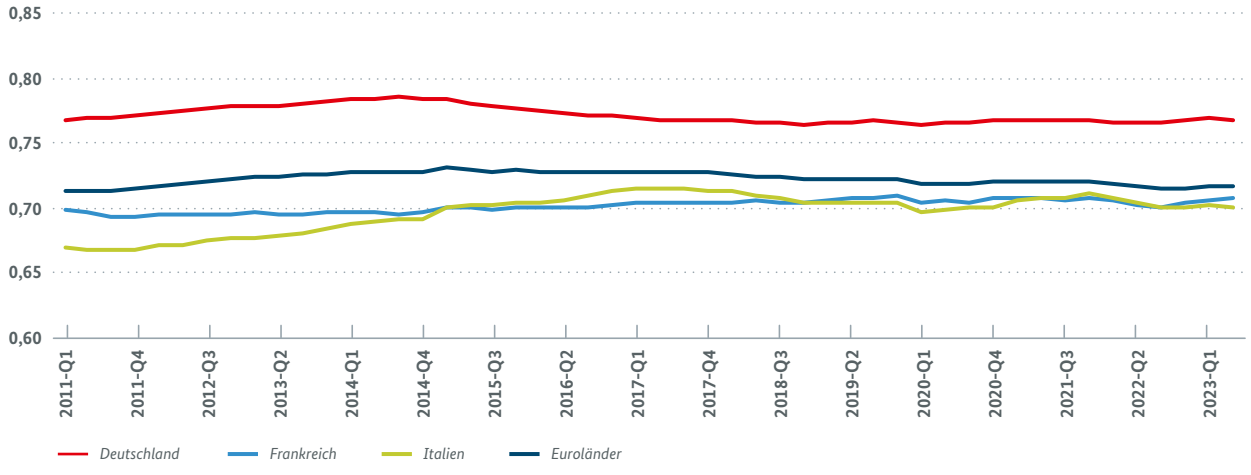
Trotz der beschriebenen Fortschritte durch die Verfügbarkeit der neuen Datensätze zu Vermögen und zur Vermögensverteilung bleiben bei der Interpretation von Vermögensstatistiken weiterhin einige Aspekte zu beachten. So werden zum Beispiel Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht in der Vermögensbetrachtung berücksichtigt. Zwar sind Rentenansprüche anders als andere Vermögenswerte nicht beleih- oder vererbbar, dennoch stellt die Altersvorsorge grundsätzlich einen wichtigen Pfeiler beim Vermögensaufbau dar. Unterschiedliche Systeme der Alterssicherung sind daher insbesondere auch bei internationalen Vergleichen zu berücksichtigen, ebenso wie Unterschiede in der Zusammensetzung bzw. Größe privater Haushalte.

LEICHT HÖHERE VERMÖGENSUNGLEICHHEIT IM VERGLEICH ZU UMFRAGEDATEN

Die neuen Daten erlauben die Messung von Vermögensungleichheit sowohl im Zeitverlauf bis zum aktuellen Rand als auch im europäischen Vergleich. Als Maß für Ungleichheit wird oftmals der so genannte Gini-Koeffizient verwendet, welcher Ungleichheit von 0 (Gleichverteilung) bis 1 (maximale Ungleichheit) darstellt. Der quartalsweise Gini des Haushaltsvermögens veränderte sich in Deutschland über die Zeit insgesamt nur wenig, erreichte 2014 allerdings einen vorläufigen Höhepunkt. In den letzten Jahren lag er konstant bei etwa 0,77 (vgl. Abbildung 1). Im Vergleich zur Analyse mit reinen PHF-Umfragedaten ergeben sich insgesamt leicht höhere Werte des

→

ABBILDUNG 1: GINI-KOEFFIZIENT DES HAUSHALTSVERMÖGENS AUSGEWÄHLTER LÄNDER VON 2011 BIS 2023



Quelle: Darstellung des BMWK auf Basis der EZB-Daten

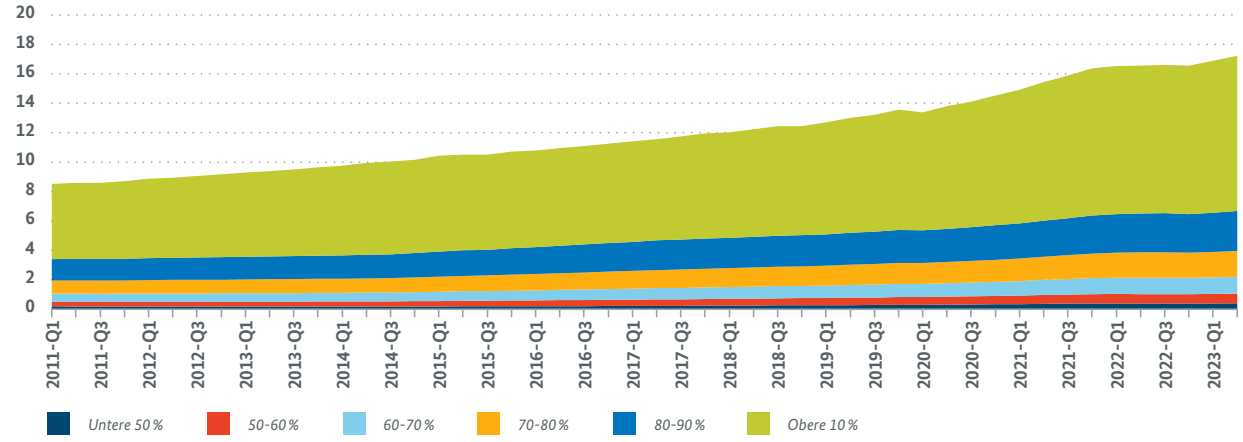
Ginis beim kombinierten Datensatz, welche unter anderem durch die Berücksichtigung von Hochvermögenden zu erklären sein dürften. Weiterhin zeigt sich, dass der Gini in Deutschland höher als im Durchschnitt der Euroländer liegt. Frankreich und Italien liegen beispielsweise 0,05 bis 0,07 Gini-Punkte unter Deutschland. Dies ist unter anderem auf unterschiedliche Anteile von Hausbesitz bzw. Miethaushalten in den Ländern zurückzuführen: Während in Deutschland im Jahr 2022 mehr als die Hälfte der Bevölkerung zur Miete wohnte, war dieser Anteil in allen anderen EU-Ländern geringer.

OBERE ZEHN PROZENT DER BEVÖLKERUNG BESITZEN RUND 60 PROZENT DES GESAMTVERMÖGENS

Die Datenbank enthält außerdem weitere Ergebnisse wie Zahlen zum Gesamtvermögen unterteilt nach Vermögensgruppen (vgl. Abbildung 2). Hierbei wird deutlich, dass auf die unteren 50 Prozent der Bevölkerung in der Vermögensverteilung mit rd. 0,4 Billionen Euro im Jahr 2023 ein Anteil von nur rund 2,3 % am Gesamtvermögen entfällt. Dies entspricht allerdings einer nominalen Verdoppelung gegenüber rund 0,2 Billionen Euro

ABBILDUNG 2: NETTOVERMÖGEN IN DEUTSCHLAND NACH PERZENTILGRUPPEN VON 2011 BIS 2023

Billionen Euro (in laufenden Preisen)



Quelle: Darstellung des BMWK auf Basis der EZB-Daten

Kasten 1: Methodologische Vorgehensweise und Einschränkungen (für Deutschland):

1. Vermögensbilanz: Die Bundesbank erstellt eine vierteljährliche gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz bestehend aus Vermögen (z. B. Einlagen, Aktien, Anteile an Investmentfonds, Kredite) und den entsprechenden Verbindlichkeiten für die unterschiedlichen Finanzmarktakteure (z. B. Staat, Haushalte, Banken). Hierzu kommen Vermögensgüter wie z. B. Immobilien und langlebige Konsumgüter bei privaten Haushalten (z. B. PKW). Es fehlen allerdings schwer messbare Güter wie Schmuck.
2. PHF: Das PHF ist eine Panelerhebung zur Einkommens- und Vermögenssituation von 4.119 privaten Haushalten in Deutschland (Stand 2021), die von der Bundesbank alle 3-4 Jahre durchgeführt wird. Erfasst werden rund 4.000 detaillierte Informationen zur Struktur des Vermögens, zur Spartätigkeit und Verschuldung der Haushalte. Zudem werden Informationen zu Einkommen, Konsum oder soziodemografische Eigenschaften der Haushaltsmitglieder erhoben. Die Studie ist Teil eines größeren Befragungsprojekts für das gesamte Euro-Währungsgebiet, des so genannten „Household Finance and Consumption Survey" (HFCS). Ähnliche Erhebungen werden in allen Ländern des Euroraums durchgeführt.
3. Zusammengesetzter Datensatz und Methodik: Details zur methodischen Verknüpfung der beiden Datensätze sind auf der u. g. Webseite der EZB verfügbar. Der integrierte Datensatz extrapoliert die Datenwerte der jeweils letztverfügbaren Haushaltsumfrage (derzeit 2021) mit Hilfe der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz bis zum aktuellen Rand und hält die zugrundeliegende Verteilung von Vermögensinstrumenten konstant. Analog werden die Daten zwischen den Umfragewellen (2011, 2014, 2017, 2021) interpoliert. Weiterhin werden auch in diesem Datensatz Vermögensinstrumente der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz nur zu etwa 90 % dargestellt, da bestimmte Vermögenswerte nicht in den Daten vereinigt werden können. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die neu veröffentlichten Daten derzeit als „experimentell" gekennzeichnet werden. Die Daten wurden von einer Expertengruppe entwickelt und Robustheitstests unterzogen. Weiterentwicklungen sind in den kommenden Jahren möglich.

im Jahr 2011, was einem Anteil von rund 2,2 Prozent. entsprach. Dahingegen entfällt auf die oberen 10 Prozent der Bevölkerung mit rund 10,5 Billionen Euro ein Anteil von rund 61,2 Prozent. am Gesamtvermögen. Dies entspricht ebenfalls einer nominalen Verdoppelung gegenüber den 5 Billionen Euro von 2011, die damals allerdings einem ebenfalls nur leicht geringeren Anteil von 60 % entsprachen. Die mittleren Perzentilgruppen der Vermögensverteilung (Dezile 6-9) haben ebenfalls knapp eine Verdoppelung ihres Nettovermögens seit 2011 erfahren. Werden die nominalen Vermögenswerte mit dem Verbraucherpreisindex bereinigt, so entsprach der Vermögensaufwuchs für die jeweiligen Verteilungsgruppen real über den gesamten Zeitraum etwa 50 bis 60 Prozent.

Weiterhin spiegeln die neuen Daten die unterschiedliche Zusammensetzung der Vermögen der privaten Haushalte wider. So bestehen die Vermögen der vermögensärmeren Hälfte der Bevölkerung in Deutschland zu einem großen Teil aus Guthaben auf Sparkonten oder ähnlich risikoarmen Anlagen. Diese sind allerdings inflationssensibel. Dahingegen gehen hohe Vermögen stark mit Kapitalmarktwerten und Sachwerten und vor allem Immobilien- und Unternehmensvermögen einher.

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IC-WA – Wirtschaftspolitische Analyse, Wohlfahrtsindikatorik

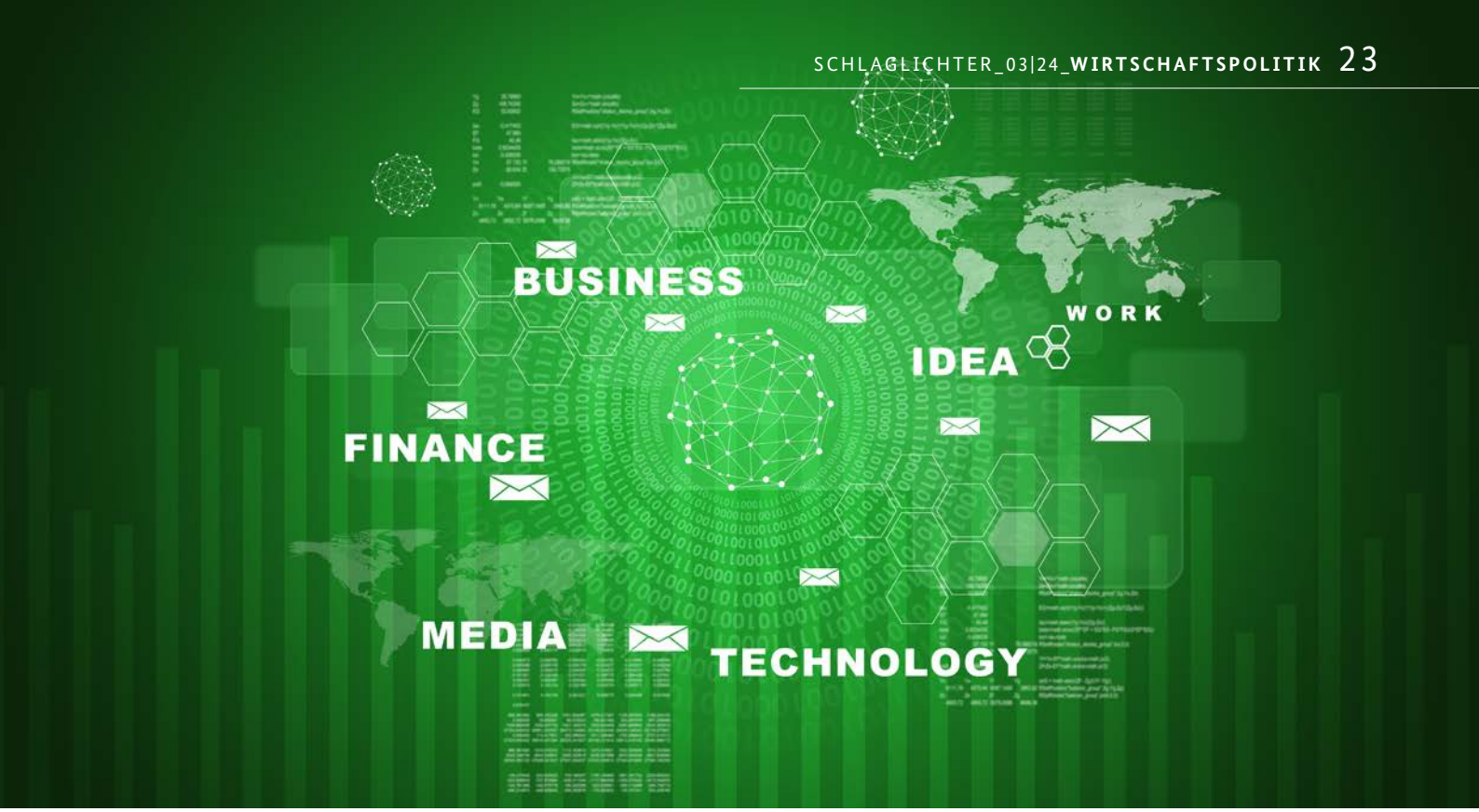
schlaglichter@bmwk.bund.de

Link zu den Daten der EZB:
www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2024/html/ecb.pr240108~ae6f7ef287.en.html

Informationen zur Methodik:
data.ecb.europa.eu/sites/default/files/2024-01/DWA%20Methodological%20note_0.pdf

Informationen der Bundesbank:
www.bundesbank.de/de/presse/pressenotizen/bundesbank-veroeffentlicht-verteilungsbasierte-vermoegensbilanz-der-privaten-haushalte-in-deutschland-921296

Weiterführende Literatur:
Albers, T., Bartels, C. and Schularick, M. (2022): Wealth and Its Distribution in Germany, 1895-2018; CESifo Working Papers 9739.



Investitionen in die grüne und digitale Transformation: Wo stehen EU-Unternehmen?

Eine systematische Befragung von Unternehmen durch die Europäische Investitionsbank – der EIB Investment Survey – gibt zu dieser Frage Aufschluss. Die Europäische Investitionsbank erhebt seit 2016 jährlich Daten zur Investitionstätigkeit von Unternehmen in der EU. Die letzte Erhebung fand zwischen April und Juli 2023 statt. Befragt werden rund 12.000 Unternehmen aus den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie zu Vergleichszwecken rund 800 Unternehmen aus den USA (siehe Info-Box). Neben Informationen zu Investitionstätigkeit, Finanzierungsbedarf und Investitionshindernissen lassen sich auf Basis dieser Daten Unternehmensaktivitäten mit Blick auf die grüne und digitale Transformation analysieren.

MEHR ALS VIER FÜNFTEL DER FIRMEN HABEN INVESTIERT

Insgesamt hat der Anteil der Unternehmen in der EU, die Investitionen getätigt haben, in der Umfrage von 2023 wieder das Niveau vor der Corona-Pandemie erreicht. So gaben 85 Prozent der Unternehmen an, im vorangegangenen Finanzjahr investiert zu haben. In der Umfrage aus dem Jahr 2022 lag der Wert infolge der Corona-Pandemie noch deutlich niedriger (81 Prozent). Dabei gaben in der Umfrage 2023 rund 13 Prozent der Unternehmen an, in den vergangenen drei Jahren zu wenig Investitionen getätigt zu haben.

INVESTITIONEN IN INNOVATIONEN UND DIGITALISIERUNG

Digitalisierung in Unternehmen hat viele Facetten. Betrachtet man die Einführung spezifischer digitaler Technologien, etwa Robotik, den Einsatz von 3D-Druckern oder Künstlicher Intelligenz, so haben inzwischen etwa 70 Prozent der Unternehmen in der EU mindestens eine dieser fortgeschrittenen digitalen Technologien eingeführt. Damit haben sie in den vergangenen Jahren im transatlantischen Vergleich aufgeholt und liegen nun fast gleichauf mit US-amerikanischen Unternehmen (73 Prozent).

Allerdings zeigen sich bei spezifischen Technologien Unterschiede: Im Bereich Künstliche Intelligenz (KI)/Big Data geben etwa 35 Prozent der US-amerikanischen Unternehmen an, KI und Big Data zu nutzen; in der EU waren es hingegen nur 29 Prozent. Auch Drohnen werden in den USA deutlich häufiger eingesetzt. Dagegen finden digitale Plattformtechnologien bei Unternehmen in der EU stärker Verwendung.

→

Eine deutliche Lücke zu Ungunsten von Unternehmen in der EU zeigt sich beim Thema Innovation: 39 Prozent der Unternehmen haben im Rahmen ihrer Investitionstätigkeit Innovationen entwickelt oder eingeführt, während in den USA mehr als die Hälfte (57 Prozent) diese Frage positiv beantworten. Allerdings bestehen bei der Innovationstätigkeit innerhalb der EU große Unterschiede. Am aktivsten sind Unternehmen in den Niederlanden, der Tschechischen Republik, Belgien, Schweden und Irland; Unternehmen in Deutschland liegen im Mittelfeld.

Die weitergehende Analyse der Umfragedaten zeigt zudem, dass zuletzt insbesondere innovative Unternehmen eine stärkere Eintrübung im Finanzierungsumfeld sehen. Dies könnte die bereits bestehende transatlantische Innovationslücke weiter verschärfen.

RISIKEN AUS DEM KLIMAWANDEL UND DER ÜBERGANG ZUR KLIMANEUTRALITÄT AUS UNTERNEHMENSSICHT

Fast zwei Drittel (64 Prozent) der Unternehmen in der EU sehen sich bereits von physischen Risiken infolge des Klimawandels, also etwa extremen Wetterereignissen, betroffen. Dies sind deutlich mehr als in früheren Umfragen (EIBIS 2022: 57 Prozent). Allerdings hat bislang nur ein weitaus geringerer Teil (36 Prozent) Vorkehrungen getroffen, um sich gegen physische Risiken zu wappnen, etwa indem sie Anpassungsstrategien entwickeln, ihre Betroffenheit verringern oder sich gegen physische Risiken versichern (siehe Abbildung 1).

Den Übergang zu Netto-Null-Emissionen in den nächsten fünf Jahren beurteilen Unternehmen mit Blick auf ihr Geschäft durchaus unterschiedlich. Für rund ein Drittel überwiegen in der Gesamtschau gegenwärtig Risiken. Demgegenüber sehen 29 Prozent der Unternehmen die Transformation als Chance. Größere Unternehmen und auch der Bausektor äußern sich hierbei tendenziell positiver. Auch zeigen weitere Analysen, dass Unternehmen, die bereits stärker in die Transformation investiert haben, den damit einhergehenden Veränderungsprozessen positiver gegenüberstehen. Der überwiegende Anteil (38 Prozent) sieht keine Auswirkungen auf sein Geschäft. Diese Dreiteilung entspricht in etwa den Ergebnissen der vergangenen Jahre.

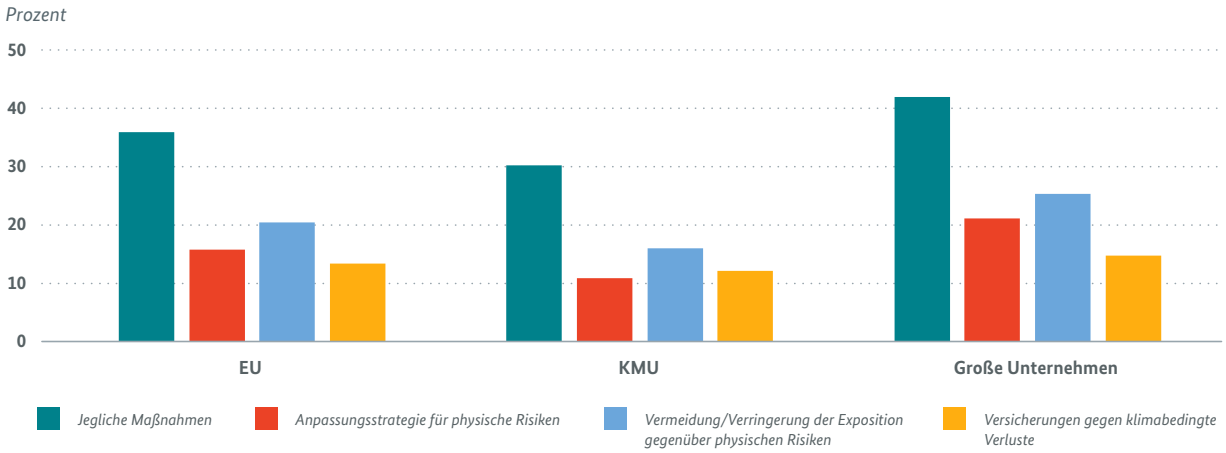
MEHR UNTERNEHMEN IN DER EU INVESTIEREN IN KLIMASCHUTZ

Rund 90 Prozent der Unternehmen in der EU geben an, bereits in Maßnahmen zur CO_2-Minderung investiert zu haben. Auch der Anteil der Unternehmen, die in Energieeffizienz investiert haben, ist im Vergleich mit Umfragedaten aus dem Jahr 2022 deutlich gestiegen.

Damit liegen Unternehmen in der EU bei Klimainvestitionen weiterhin vor US-amerikanischen Unternehmen; dies gilt ebenso für getätigte Investitionen wie für Investitionspläne. Auch der Anteil der Unternehmen, die sich Ziele zur CO_2-Reduktion gesetzt und ein entsprechendes Monitoring etabliert haben, ist deutlich höher (EU: rund 40 Prozent, USA: 10 Prozent).

→

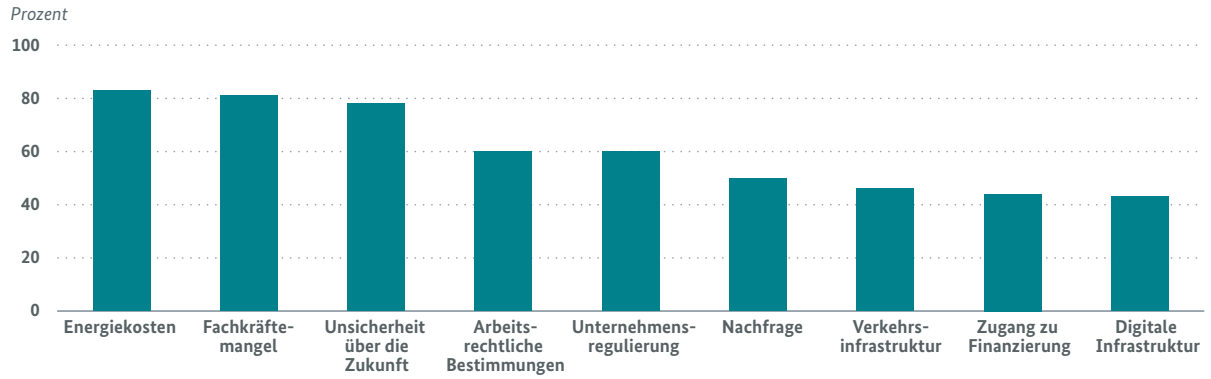
ABBILDUNG 1: VORKEHRUNGEN GEGEN PHYSISCHE RISIKEN DES KLIMAWANDELS, ANTEIL DER UNTERNEHMEN IN PROZENT



Frage: *Hat Ihr Unternehmen eine der folgenden Maßnahmen entwickelt oder in sie investiert, damit es widerstandsfähiger gegen physische Risiken des Klimawandels wird?*
Basis: *alle Unternehmen (ohne „weiß nicht"/„keine Angaben").*

Quelle: EIBIS 2023

ABBILDUNG 2: LANGFRISTIGE INVESTITIONSBARRIEREN IN DER EU, ANTEIL DER UNTERNEHMEN IN PROZENT



Frage: In welchem Maße betrachten Sie die folgenden Faktoren als Hindernis für Ihre Investitionen? Sind sie ein großes, ein geringes oder überhaupt kein Hindernis?
Anmerkung: „Große" und „geringe" Hindernisse sind als eine Kategorie ausgewiesen.
Basis: alle Unternehmen (ohne „überhaupt kein Hindernis"/„weiß nicht"/„keine Angaben").

Quelle: EIBIS 2023

HINDERNISSE ABBAUEN, TRANSFORMATIVE INVESTITIONEN STÄRKEN

Um transformative Investitionen weiter zu stärken, braucht es ein entsprechendes regulatorisches Umfeld. Hierzu zählen der Zugang zur Finanzierung und strukturelle Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Die Umfrageergebnisse legen nahe, dass zwar keine flächendeckenden Schwierigkeiten beim Zugang zur Finanzierung in der EU bestehen, die Bedingungen aber für einige Unternehmen zuletzt herausfordernder geworden sind. Die Umfragedaten spiegeln hier nicht zuletzt Änderungen im Makro- und Zinsumfeld wider. So stieg der Anteil der Unternehmen deutlich, die unzufrieden mit der externen Finanzierung und insbesondere den Finanzierungskosten sind (2022: 5 Prozent, 2023: 14 Prozent). Insbesondere KMU sehen sich zudem häufiger in ihren Finanzierungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Mit Blick auf strukturelle Barrieren sind aus Unternehmenssicht in der EU vor allem hohe Energiekosten (83 Prozent), Unsicherheit (78 Prozent), aber auch der Mangel an Fachkräften (81 Prozent) wesentliche Hindernisse für Investitionen (s. Abbildung 2). Im Vergleich zu den USA sind Energiekosten häufiger ein Hemmnis.

Die Ergebnisse der Umfrage verdeutlichen die weiterhin bestehende Notwendigkeit für Unternehmen, in die Transformation zu investieren. Diese ergibt sich zum einen aus dem globalen Wettbewerb um neue Ideen und aus Entwicklung sowie Einsatz neuer (Spitzen-)Technologien. Zum anderen tragen Investitionen etwa in die Energieeffizienz oder die Dekarbonisierung von Produktionsprozessen dazu bei, dass Unternehmen in einer nachhaltigen Wirtschaft künftig besser aufgestellt sind. Insbesondere Planungssicherheit für die Transformation und der Abbau bestehender Investitionsbarrieren sind der Schlüssel, um Unternehmensinvestitionen in die Transformation europaweit zu stärken.

Die Investitionsumfrage der EIB-Gruppe (EIBIS) berücksichtigt Unternehmen aus vier Sektoren (Bau, Verarbeitendes Gewerbe, Infrastruktur und Dienstleistungen) mit mindestens fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Umfrage basiert auf einer geschichteten Zufallsstichprobe und ist repräsentativ auf EU-Ebene, auf Länderebene, für Sektoren und für Unternehmensgrößenklassen (mikro, kleine, mittelgroße und große Unternehmen). Die Daten werden nach Wertschöpfung gewichtet, um den Beitrag einzelner Unternehmen zur unternehmerischen Gesamtwirtschaftsleistung zu berücksichtigen.

Die aktuellen Ergebnisse (2023) der Umfrage basieren auf Umfragedaten, die von April bis Juli 2023 erhoben wurden. Die Fragen beziehen sich auf das vorangegangene Finanzjahr (2022) und auf Erwartungen in der Regel für das zum Zeitpunkt der Datenerhebung laufende Jahr (2023).

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: EB1 – Aspekte der EU-Wirtschafts- und Finanzpolitik
schlaglichter@bmwk.bund.de

Weitere Informationen: Delanote, J. und M. Zeppi (2023): EIB Investment Survey 2023: European Union Overview
EIBIS Data Portal

Termine

MÄRZ 2024

04.03.2024	Energierat (Brüssel)
07.03.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Brüssel)
07.03.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Januar
08.03.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Januar
11./12.03.2024	Eurogruppe/ECOFIN
15.03.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im März“
21./22.03.2024	Europäischer Rat (Brüssel)
25.03.2024	Umweltrat (Brüssel)

APRIL 2024

05.04.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Februar
08.04.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Februar
11./12.04.2024	Eurogruppe/ECOFIN (Luxemburg)
11./12.04.2024	Informelles EU-Ministertreffen Telekommunikation/Digitales (Louvain-la-nueve)
12.04.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im April“
15./16.04.2024	Informelles EU-Ministertreffen Energie (Brüssel)

MAI 2024

07.05.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Februar
08.05.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Februar
14.05.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im April“
21.05.2024	Telekommunikations- und Digitalrat (Brüssel)
23.05.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Forschung und Raumfahrt (Brüssel)
24.05.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie (Brüssel)
30.05.2024	Energierat (Brüssel)
30.05.2024	Handelsministerrat (Brüssel)

K

KONJUNKTUR

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE
in Deutschland im Februar 2024[1]

IN KÜRZE

Nach dem schwachen Jahresausklang 2023 mit einem Rückgang des realen BIP um 0,3 Prozent deuten aktuelle Frühindikatoren noch keine Belebung zu Jahresbeginn an. *Die Stimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher und in den Unternehmen hat sich zuletzt wieder eingetrübt. Belastende Faktoren wie die außenwirtschaftliche Nachfrageschwäche, Streiks im öffentlichen Verkehr, hohe Krankenstände bei den Erwerbstätigen sowie geopolitische Spannungen mit Verzögerungen bei Lieferketten können in der Summe dazu führen, dass sich die erwartete konjunkturelle Erholung nochmals verzögert.*

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ging im Dezember gegenüber dem Vormonat um 1,6 % zurück, womit es zum Jahresende nochmal zu einem merklichen Dämpfer kam*. Sowohl Industrie als auch Baugewerbe verringerten ihren Ausstoß (-1,5 % bzw. -3,4 %). Der Bereich Energie hingegen meldete erneut ein deutliches Plus (+4,1 %). Die Auftragseingänge sind im Dezember gegenüber dem Vormonat deutlich gestiegen (+8,9 %), nachdem sie im November unverändert geblieben (0,0 %) und im Oktober merklich zurückgegangen waren (-3,8 %). Allerdings waren die Ordereingänge im Dezember im Vormonatsvergleich wieder stark durch Schwankungen bei Großaufträgen geprägt; ohne diese ergab sich ein Minus von 2,2 %.*

Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im Dezember gegenüber dem Vormonat um 1,6 % gesunken, nachdem sie bereits im November um 0,8 % rückläufig waren. *Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im Dezember ein reales Umsatzminus von 1,8 %. Die Frühindikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums geben aktuell ein eher pessimistisches Bild.*

Die Inflationsrate belief sich im Januar auf 2,9 %; das ist der niedrigste Wert seit Juni 2021. *Im Dezember hatte die Rate mit 3,7 % spürbar höher gelegen, was maßgeblich auf einen Basiseffekt durch die so genannte Soforthilfe im Dezember 2022 zurückzuführen war. Dieser Basiseffekt schlug nun im Januar nicht mehr zu Buche, so dass sich die Vorjahresrate – trotz wegfallender Energiepreisbremsen sowie der wirksam gewordenen CO_2-Preiserhöhung – merklich verringerte.*

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich zum Jahresanfang angesichts milder Witterung etwas günstiger. *Die Arbeitslosigkeit verringerte sich im Januar saisonbereinigt um 2.000 Personen, die Erwerbstätigkeit legte im Dezember zu und auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im November leicht. Die Frühindikatoren zeichnen im Januar ein gemischtes Bild: Während die Zahl der offiziell gemeldeten Stellen stagnierte, verbesserte sich das IAB-Arbeitsmarktbarometer und deutet auf günstigere Beschäftigungsaussichten hin.*

Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend weist für Januar 2024 einen nahezu unveränderten Wert gegenüber dem Vormonat aus. *Das IWH geht davon aus, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den kommenden Monaten weiter steigen wird.*

NOCH KEINE BELEBUNG ZU JAHRESBEGINN

Ausgehend von einem schwachen Jahresendquartal deuten aktuelle Frühindikatoren für die deutsche Wirtschaft noch nicht auf eine spürbare konjunkturelle Belebung hin. Laut der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts ist das BIP im vierten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % zurückgegangen. Angesichts der rückläufigen Inflationsrate, der gestiegenen Einkommen und der robusten Beschäftigungsentwicklung dürften voraussichtlich positive, wenn auch geringe Impulse von den Konsumausgaben der privaten Haushalte ausgegangen sein. Nach Informationen des Statistischen Bundesamts waren dagegen vor allem die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen zum Jahresende deutlich rückläufig. Neben gestiegenen Material- und Finanzierungskosten beim Bau dürften in der Industrie die erhöhten Energiepreise und die unverändert schwache binnen- und außenwirtschaftliche Nachfrage belastet haben. Auch ein außergewöhnlich hoher Krankenstand der Erwerbstätigen dürfte das Arbeitsvolumen zum Jahresende gedämpft und die BIP-Entwicklung im vierten Quartal belastet haben.

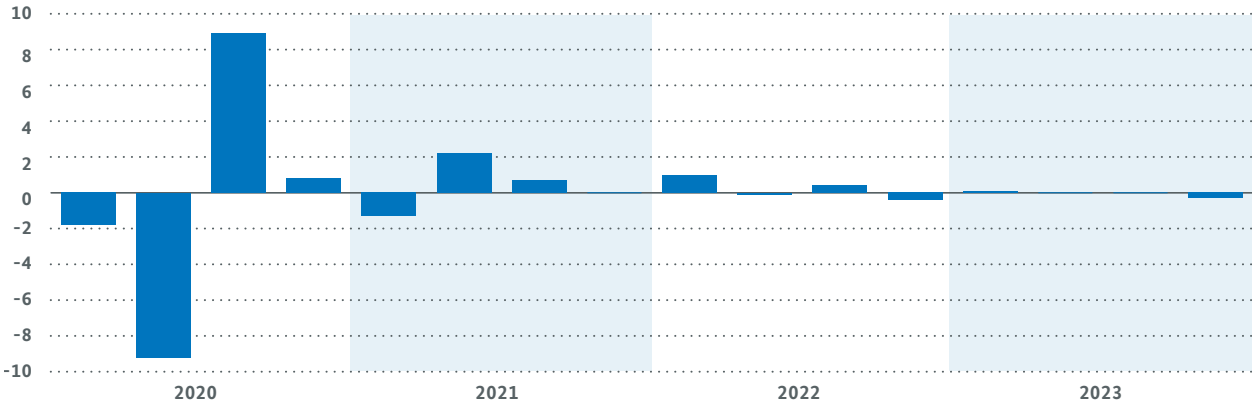
Die Stimmung in den Unternehmen hat sich laut ifo Geschäftsklimaindex im Januar erneut eingetrübt, wobei sowohl die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage als auch die Aussichten auf die kommenden Monate zurückgenommen wurden. Auch die Stimmung der privaten Haushalte in Deutschland, abgebildet im GfK-Konsumklima, hat sich zuletzt wieder eingetrübt. Sowohl die Konjunktur- und Einkommenserwartung als auch die Anschaffungsneigung waren im Januar – nach einem Anstieg im Vormonat – wieder rückläufig.

Zusätzlich dämpfend auf die konjunkturelle Entwicklung könnten sich neben anhaltend hohen Krankenständen auch die Streiks im öffentlichen Nah- und Fernverkehr zu Jahresbeginn sowie die anhaltenden geopolitischen Spannungen, insbesondere Lieferzeitenverzögerungen und Transportkostensteigerungen infolge der Huthi-Attacken im Roten Meer, bemerkbar machen. In

→

1 *In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. Februar 2024 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.*

BRUTTOINLANDSPRODUKT



Quartale, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung ggü. Vorperiode in %

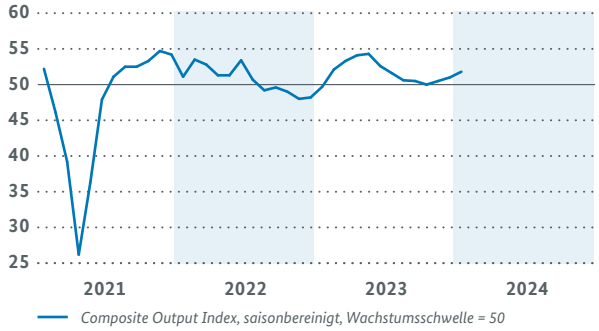
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

der Summe können diese Faktoren dazu führen, dass sich die erwartete wirtschaftliche Erholung weiter verzögert.

GEMISCHTE SIGNALE AUS DER WELTWIRTSCHAFT

Im November nahm die weltweite Industrieproduktion um 0,3 % zu, nachdem sie zuvor in etwa stagniert hatte. Die vorangegangenen Leitzinsanhebungen vieler Zentralbanken wirken nach und die Unsicherheit infolge der anhaltenden geopolitischen Spannungen belastet die wirtschaftliche Entwicklung, was sich vielerorts in den aktuellen Einkaufsmanagerindizes widerspiegelt. Für wichtige Handelspartner Deutschlands, allen voran im Euroraum, blieben diese auch zu Jahresbeginn unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Dagegen verbesserte sich die Stimmung in den USA und in Schwellenländern im Januar etwas. Auch der Stimmungsindikator von S&P Global hat sich im Januar zum dritten Mal in Folge erholt (auf 51,8 Punkte): Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe (von 49,0 auf 50,0 Punkte) als auch bei den Dienstleistern (von 51,6 auf 52,3 Punkte) verbesserte sich die Stimmung. Insgesamt scheinen sich die weltweite Nachfrage und auch die Lagerhaltung, die im Nachgang der Lieferkettenstörungen stark ausgeweitet worden war und die Industriekonjunktur dämpfte, zu normalisieren.

EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL



Composite Output Index, saisonbereinigt, Wachstumsschwelle = 50

Quellen: S&P Global, Macrobond

Der Welthandel ging im November nach leichten Zuwächsen in den vorangegangenen drei Monaten um 1,4 % gegenüber dem Vormonat zurück, für den Berichtsmonat Dezember deutet der RWI/ISL-Containerumschlag-Index – auch im Zuge der Störungen im Roten Meer – aktuell einen weiteren, aber nur leichten Rückgang an (von 125,4 auf 125,1 Punkte). Der Nordrange-Index für europäische Häfen hat sich sogar erhöht, während sich der Containerumschlag in chinesischen Häfen etwas verringerte. Laut Schiffsbewegungsdaten des Kiel-Trade-Indikators (KTI) für den Januar sind die Lieferungen durch das Rote Meer im Januar zwar weiter zurückgegangen, die Menge weltweit verschiffter Waren ist im Januar aber stabil geblieben. Insgesamt dürfte sich der Welthandel zu Jahresbeginn laut KTI noch schwach entwickelt haben.

Internationale Organisationen gehen für das laufende Jahr weiterhin von einer verhaltenen Expansion des weltweiten Bruttoinlandsprodukts aus. Der Welthandel dürfte sich aber im Zuge der Normalisierung von Nachfrage und Lagerhaltung wieder seinem historischen Trend annähern und mit ähnlichen Raten wie die Produktion zunehmen.

DEUTLICHER RÜCKSETZER BEIM AUSSENHANDEL

Im Dezember sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt wieder deutlich gefallen (-5,3 %, November: +2,3 %). Im Quartalsvergleich (Q4 gegenüber Q3) lagen sie mit 0,3 % im Plus (Gesamtjahr 2023: -1,3 % gegenüber Vorjahr). Der Rückgang der Warenexporte im Dezember war flächendeckend: Sowohl in die EU als auch in die übrigen Länder wurde wesentlich weniger geliefert als im November (China: -7,9 %). Gleichzeitig sind die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen noch kräftiger gesunken als die Ausfuhren (-5,9 %, November: +1,9 %). Im Quartalsvergleich gaben sie um 0,9 % nach, im Vorjahresvergleich sogar um 6,1 %.

Die Außenhandelspreise waren auch im Dezember weiterhin durch die Preisrückgänge bei den Importen von Rohstoffen und Energie geprägt. Nach vier aufwärtsgerichteten Monaten gingen die Einfuhrpreise im Dezember gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 1,1 % zurück, die Ausfuhrpreise ermäßigten sich geringfügig (-0,1 %). Damit verbesserten sich die Terms of Trade im Dezember mit +1,0 % gegenüber dem Vormonat erstmals seit dem Sommer 2023 wieder recht deutlich. In realer Rechnung dürfte der Rückgang also vor allem bei den Importen schwächer ausgefallen sein.

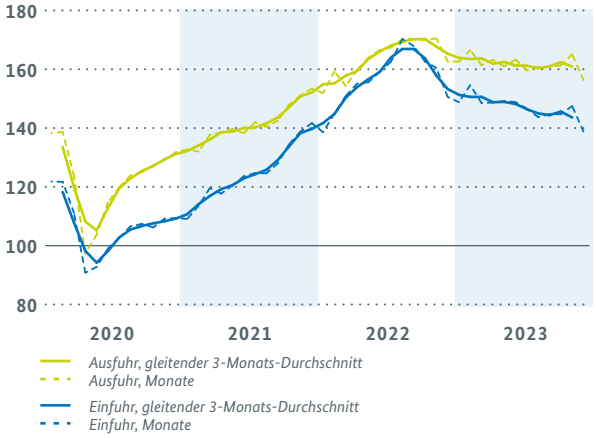
Nach der spürbaren Verschlechterung der Terms of Trade in den Jahren 2021 und 2022 spiegelt sich deren Verbesserung im abgelaufenen Jahr (2023 gegenüber 2022: +8,7 %) auch in der Handelsbilanz wider. Kumuliert für das Jahr 2023 liegt der Saldo beim Handel mit Waren und Dienstleistungen mit +177,2 Milliarden Euro (sb) etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr (88,4 Milliarden Euro). Der monatliche Handelsbilanzüberschuss hat im Dezember nahezu stagniert (17,5 Milliarden Euro, November: 17,6 Milliarden Euro).

Von den Frühindikatoren zur Außenwirtschaft kommen aktuell gemischte, aber überwiegend verhaltene Signale, u. a. weil Waren infolge der Angriffe im Roten Meer und der geänderten Schiffsrouten zum Teil längere Transportzeiten benötigen. Die ifo Exporterwartungen haben sich zu Beginn des Jahres weiter eingetrübt (von -7,1 Punkten auf -8,4), als Folge sinkender Aufträge in Schlüsselbranchen wie Automobilindustrie, Maschinenbau und Elektrotechnik. Die Schiffsbewegungsdaten des Kiel-Trade-Indikators signalisieren für den Berichtsmonat Januar aktuell einen weiteren Rückgang der realen deutschen Exporte (-2,3 % gegenüber Vormonat).

Der Rücksetzer beim deutschen Außenhandel deutet auf eine weiterhin schwache Nachfrage aus dem Ausland hin. Angesichts der andauernden geopolitischen Krisen und der konjunkturellen Abkühlung in wichtigen Handelspartnerländern wie China und den USA bleiben die Aussichten für die deutsche Exportwirtschaft zu Jahresbeginn eingetrübt. Laut aktuellen Prognosen internationaler Organisationen dürfte der Welthandel 2024 aber wieder mit ähnlichen Raten wie das Welt-BIP expandieren, so dass sich die deutschen Ausfuhren im Laufe des Jahres allmählich erholen dürften.

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

AUSSENHANDEL*

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	-1,3	0,3	0,3	2,3	-5,3
EINFUHR	-2,6	-0,9	-0,1	1,9	-5,9
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	-6,1	-6,6	-4,7	-4,8	-10,7
Eurozone	-8,3	-8,6	-7,3	-5,2	-13,8
EU Nicht-Eurozone	-6,2	-7,7	-7,4	-5,8	-10,4
Drittländer	-4,2	-4,6	-1,4	-4,2	-8,3
EINFUHR	-16,2	-14,2	-14,2	-12,4	-16,2
Eurozone	-11,7	-10,3	-11,2	-6,2	-13,9
EU Nicht-Eurozone	-1,3	-5,0	-3,9	-2,1	-9,8
Drittländer	-23,4	-19,6	-19,4	-19,5	-19,7

* Angaben in jeweiligen Preisen
Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

MERKLICHE SCHWÄCHE DER PRODUKTION ZUM JAHRESENDE

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ging im Dezember gegenüber dem Vormonat um 1,6 % zurück. Damit kam es zum Jahresende nochmal zu einem merklichen Rücksetzer bei der Produktion. Sowohl Industrie als auch Baugewerbe verringerten ihren Ausstoß (-1,5 % bzw. -3,4 %). Der Bereich Energie hingegen meldete erneut ein deutliches Plus (+4,1 %). Insgesamt lag die Produktion im vierten Quartal 2023 um 1,8 % unter dem Niveau des dritten Quartals.

Die Wirtschaftszweige innerhalb der Industrie entwickelten sich im Dezember sehr unterschiedlich: Der Bereich Kfz und Kfz-Teile konnte mit +4,0 % kräftig zulegen. Auch die Herstellung von Metallerzeugnissen (+0,8 %) sowie von pharmazeutischen Erzeugnissen (+4,7 %) wurde ausgeweitet. Der Maschinenbau (-1,6 %) und die Herstellung elektrischer Ausrüstungen (-3,5 %) gingen dagegen zurück. Auch bei der Herstellung chemischer Erzeugnisse stand am Jahresende ein kräftiges Minus (-7,6 %). Die energieintensiven Industriezweige insgesamt, zu denen neben der Chemie unter anderem die Bereiche Glas, Glaswaren und Keramik sowie Metallerzeugung und -bearbeitung gehören, stellten 5,8 % weniger her als im Vormonat.

Die Auftragseingänge sind im Dezember gegenüber dem Vormonat deutlich gestiegen (+8,9 %), nachdem sie im November unverändert geblieben (0,0 %) und im Oktober merklich zurückgegangen waren (-3,8 %). Allerdings waren die Ordereingänge im Dezember im Vormonatsvergleich wieder stark durch Schwankungen bei Großaufträgen geprägt; ohne diese ergab sich ein Minus von 2,2 %. Die Zunahme der Auftragseingänge insgesamt im Dezember ist vor allem auf ein deutliches Plus von 34,5 % bei der Nachfrage aus dem Euroraum zurückzuführen, aber auch die Inlandsbestellungen legten um 9,4 % zu. Aus dem Nicht-Euroraum kam es indes zu einem Orderrückgang um 7,5 %.

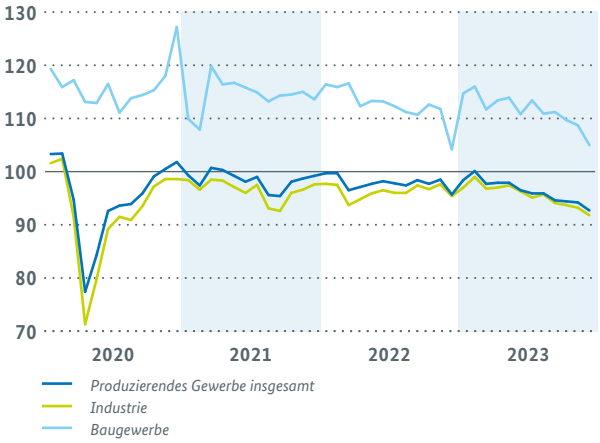
Im Dezember verlief die Auftragsentwicklung in den einzelnen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes unterschiedlich: Vor allem der sonstige Fahrzeugbau und elektrische Ausrüstungen verzeichneten kräftige Zuwächse von 110,9 % bzw. 38,7 %. Auch die Wirtschaftszweige Metallerzeugnisse (+18,0 %), pharmazeutische Erzeugnisse (+8,2 %) und Metallerzeugung (+4,9 %) verbuchten Zunahmen. Die gewichtigen Bereiche Kfz/Kfz-Teile (-14,7 %), Maschinenbau (-5,3 %) und chemische Erzeugnisse (-3,7 %) meldeten hingegen Rückgänge.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe setzten mit dem merklichen Plus im Dezember ihre rückläufige Tendenz der vorangegangenen Monate, die auch schon stark von volatilen Großaufträgen beeinflusst war, nicht weiter fort. Im aussagekräftigeren Quartalsvergleich sind die Bestellungen im vierten gegenüber dem dritten Quartal jedoch in etwa konstant geblieben (+0,1 %). Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen gingen sie um 2,6 % zurück.

Bei der Industriekonjunktur zeichnet sich derzeit noch keine Trendwende ab, auch wenn die Auftragseingänge einschließlich Großaufträgen im

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

Veränderung ggü. Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
PRODUKTION					
Insgesamt	**-2,0**	**-2,2**	**-0,4**	**-0,5**	**-1,5**
Vorleistungsgüter	-1,1	-3,7	-0,4	-0,6	-5,2
Investitionsgüter	-2,9	-0,5	-0,6	-0,7	1,3
Konsumgüter	-1,8	-3,4	0,3	-0,2	-0,9
UMSÄTZE					
Insgesamt	**-1,4**	**-1,9**	**-0,4**	**-0,7**	**-0,1**
Inland	-1,0	-2,6	-2,1	0,3	-1,0
Ausland	-1,9	-1,1	1,1	-1,7	0,9
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	**-3,8**	**0,1**	**-3,8**	**0,0**	**8,9**
Inland	-7,1	2,2	2,1	0,3	9,4
Ausland	-1,5	-1,3	-7,5	-0,2	8,5
Vorleistungsgüter	-0,9	1,4	-1,4	-2,9	8,3
Investitionsgüter	-5,9	-0,7	-6,3	1,7	10,9
Konsumgüter	0,0	-0,6	3,2	1,1	-1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

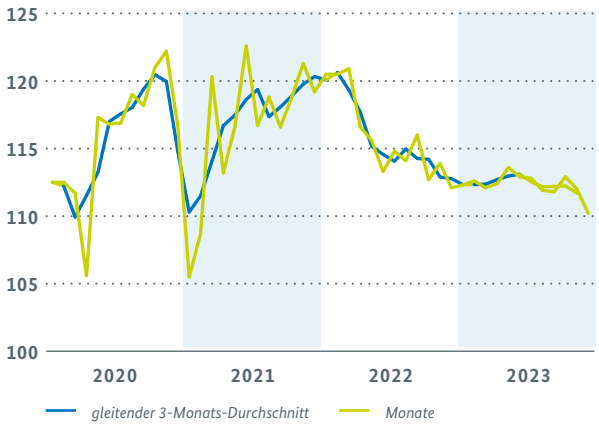
Dezember kräftig zulegten und sich das ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe zuletzt stabilisierte. Erst im weiteren Jahresverlauf dürfte eine schrittweise konjunkturelle Erholung im Zuge einer binnenwirtschaftlich getragenen Belebung einsetzen.

NEGATIVER JAHRESSCHLUSS IM EINZELHANDEL

Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im Dezember gegenüber dem Vormonat um 1,6 % gesunken, nachdem sie bereits im November um 0,8 % rückläufig waren. Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im Dezember ein reales Umsatzminus von 1,8 % (November: -1,6 %). Der Handel mit Lebensmitteln ging im Dezember im Vergleich zum Vormonat real um 2,8 % zurück (-0,6 % gegenüber Vorjahr). Infolge der starken Verteuerung von Lebensmitteln sind in dieser Sparte des Einzelhandels seit mehr als 2 ½ Jahren im Vorjahresvergleich überwiegend reale Umsatzrückgänge zu verzeichnen, die sich zuletzt aber verringert haben. Preise für Nahrungsmittel steigen weiterhin überdurchschnittlich stark an, auch wenn sich ihr Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahresmonat weiter abgeschwächt hat (Januar: +3,8 %; Dezember: +4,6 %). Der Umsatz im Internet- und Versandhandel verringerte sich im Dezember um 6,5 % (-6,8 % gegenüber Vorjahr).

EINZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Die Pkw-Neuzulassungen gingen im Januar im Vormonatsvergleich um 4,3 % zurück, nach einem Anstieg von 2,3 % im Dezember. Gründe für diese volatile Entwicklung dürften vor allem Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Umweltprämie sein, die für gewerbliche Zulassungen Ende August 2023 und für Privatpersonen am 18. Dezember 2023 beendet wurde. Infolgedessen sanken die Neuzulassungen von Pkw durch Privatpersonen im Januar merklich um 21,5 %. Die Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen erhöhten sich dagegen im Januar um 6,3 %.

Die Frühindikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums geben aktuell ein eher pessimistisches Bild: Laut Prognose der GfK wird das Konsumklima im Februar auf -29,7 Zähler sinken. Das ist der niedrigste Wert seit März 2023 (-30,6 Punkte). Gleichzeitig nimmt zuletzt wieder die Sparneigung zu, für Januar wurde ein Wert von 14,0 Punkten angegeben (+6,7 Punkte). Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (inkl. Kfz) ist im Januar um 3,8 Punkte auf den niedrigsten Wert seit November 2022 gefallen und verharrt weiter im deutlich negativen Bereich (-26,6 Punkte). Sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage als auch die Erwartungen haben sich dabei verschlechtert.

Insgesamt enttäuschen die Frühindikatoren zum privaten Konsum am aktuellen Rand. Eine Trendwende im Einzelhandel ist angesichts der negativen Stimmung – trotz einzelner positiver Signale zum Ende letzten Jahres – noch nicht in Sicht. Bei steigenden Löhnen und rückläufigen Inflationsraten dürfte aber mit einer Erholung des privaten Konsums im Verlauf des Jahres zu rechnen sein.

INFLATIONSRATE SINKT – TROTZ WEGFALLENDER ENERGIEPREISBREMSEN UND ERHÖHTER CO_2-BEPREISUNG

Die Inflationsrate (Preisniveauanstieg binnen Jahresfrist) belief sich im Januar auf 2,9 %; das ist der niedrigste Wert seit Juni 2021. Im Dezember hatte die Rate mit 3,7 % spürbar höher gelegen, was maßgeblich auf einen Basiseffekt durch die sog. Soforthilfe im Dezember 2022 zurückzuführen war. Dieser Basiseffekt schlug nun im Januar nicht mehr zu Buche, so dass sich die Vorjahresrate – trotz wegfallender Preisbremsen für Gas und Strom sowie der wirksam gewordenen CO_2-Preiserhöhung für fossile Brennstoffe wie Benzin/Diesel, Heizöl und Erdgas – merklich verringerte.

Die Kernrate (ohne Energie und Nahrung) ging im Januar erneut leicht auf 3,4 % zurück (Dezember: +3,5 %) und lag damit – anders als im Dezember – infolge des weggefallenen Basiseffekts bei Energie wieder höher als die Inflationsrate. Nahrungsmittel verteuerten sich im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat erneut überproportional (+3,8 %), allerdings ließ der Preisauftrieb hier ebenfalls weiter nach (Dezember: +4,6 %). Die Energiepreise sind im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat infolge des entfallenen Basiseffekts wieder um 2,8 % gesunken (Dezember: +4,1 %; November: -4,5%; Oktober: -3,2 %). Im Bereich der Dienstleistungen hat sich der Preisauftrieb zuletzt mit +3,4 % wieder leicht erhöht (Dezember: +3,2 %).

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.
Insgesamt	0,1	0,2	3,7	2,9
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,3	0,0	3,5	3,4
Nahrungsmittel	0,1	0,8	4,6	3,8
Wohnung, Betriebskosten	-0,1	0,7	3,6	1,1
Gesundheitspflege	0,1	1,2	2,6	2,8
Verkehr	0,3	-1,0	2,1	1,1
Nachrichtenübermittlung	0,0	-0,1	0,6	0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,7	-1,9	2,6	2,7
Bildungswesen	0,1	1,9	3,7	4,7
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,1	1,9	5,6	6,3
Energie	-1,9	1,2	4,1	-2,8
Kraftstoffe	-3,3	1,0	-1,1	-2,0
Dienstleistungen	0,5	0,2	3,2	3,4
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,4	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen ist weiter eine nachlassende Preisdynamik zu beobachten. Die Erzeugerpreise sind im Dezember 2023 um 8,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Im November hatte die Rate bei -7,9 % gelegen. Ausschlaggebend für die Abnahme gegenüber dem Vorjahresmonat waren die Preisrückgänge bei Energie. Im Vergleich zum Vormonat nahmen die Erzeugerpreise im Dezember um 1,2 % ab. Die Einfuhrpreise lagen im Dezember um 8,5 % deutlich unter dem Vorjahresmonat (-1,1 % gegenüber Vormonat). Die Verkaufspreise im Großhandel sind im Dezember im Vorjahresvergleich um 2,6 % gefallen. Auch im Vergleich zum Vormonat kam es zu einer Abnahme (-0,6 %).

An den Spotmärkten entwickelten sich zuletzt die Preise für Erdgas wieder rückläufig. Aktuell liegt der *TTF Base Load* mit rund 27 Euro/MWh etwa 50 % unter dem Niveau ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Vormonat ist ein Rückgang von rund 12 % zu verzeichnen. Die Markterwartungen deuten darauf hin, dass die Erdgaspreise in den kommenden Quartalen um die 30 Euro/MWh notieren werden.

Vor diesem Hintergrund dürften die inflationsdämpfenden Faktoren wie Preisrückgänge auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen aufgrund gesunkener Energiepreise, die Wirkung der geldpolitischen Straffung der EZB, angemessene Tarifabschlüsse sowie eine Normalisierung der Gewinnmargen der Unternehmen im weiteren Jahresverlauf bestehen bleiben.

ARBEITSLOSIGKEIT SINKT ZU JAHRESBEGINN SAISONBEREINIGT LEICHT

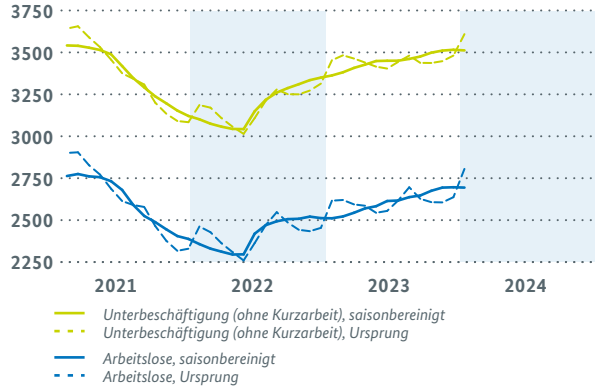
Die Arbeitslosigkeit stieg in Ursprungszahlen wie im Januar üblich an (+169.000 Personen gegenüber Vormonat). Angesichts milder Witterung war dies eher unterdurchschnittlich, saisonbereinigt (sb) ergibt sich ein geringfügiger Rückgang (-2.000). Die Erwerbstätigkeit legte auch im Dezember zu (sb +24.000 Personen). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im November leicht (sb +6.000). Die Kurzarbeit blieb im November in etwa konstant, die Anzeigen waren aber erneut rückläufig.

ARBEITSMARKT

ARBEITSLOSE (SGB II und III)					
	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,647	2,617	2,606	2,637	2,805
ggü. Vorjahr in 1.000	146	173	172	183	189
ggü. Vorperiode in 1.000*	45	54	19	2	-2
Arbeitslosenquote	5,7	5,7	5,6	5,7	6,1
ERWERBSTÄTIGE (Inland)					
	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	46,0	46,2	46,2	46,2	46,1
ggü. Vorjahr in 1.000	307	215	219	220	207
ggü. Vorperiode in 1.000*	-6	28	13	27	24
SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE					
	2.Q.	3.Q.	Sep.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,7	34,8	35,1	35,1	35,1
ggü. Vorjahr in 1.000	288	229	196	224	217
ggü. Vorperiode in 1.000*	43	30	7	30	6

* kalender- und saisonbereinigte Angaben
Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt entwickelten sich im Januar gemischt: Die Zahl der offiziell gemeldeten Stellen stagnierte und die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat laut ifo leicht abgenommen. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer dagegen verbesserte sich zum zweiten Mal in Folge. Demnach dürfte die Beschäftigungsentwicklung wieder anziehen. Auch der Ausblick für die Arbeitslosigkeit verbesserte sich leicht, bleibt aber tendenziell negativ. Insgesamt zeigt sich noch keine Trendwende am Arbeitsmarkt. Eine nachhaltige Erholung ist erst im Zuge der erwarteten konjunkturellen Belebung zu erwarten.

UNTERNEHMENSINSOLVENZEN ZULETZT NAHEZU UNVERÄNDERT

Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend weist für Januar 2024 mit 1.077 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften einen nahezu unveränderten Wert gegenüber dem Vormonat Dezember (1.078) auf. Im Vergleich zum Vorjahresmonat liegen die Insolvenzzahlen 39 Prozent höher. Das IWH geht davon aus, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den kommenden Monaten weiter steigen wird. Als Einflussfaktoren für diese Entwicklung werden neben den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch Nachholeffekte der Staatshilfen während der Corona-Pandemie, die zu vergleichsweise sehr niedrigen Insolvenzzahlen geführt hatten, gesehen.

BIP NOWCAST FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2024

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt +0,1 % für das erste Quartal 2024 (Stand 13. Februar).[1]

Das Prognosemodell des Nowcast schätzt für das erste Quartal 2024 aktuell einen preis-, saison- und kalenderbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal um 0,1 %. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Erste Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Quartal 2024 werden vom Statistischen Bundesamt am 30. April 2024 veröffentlicht („Schnellmeldung").

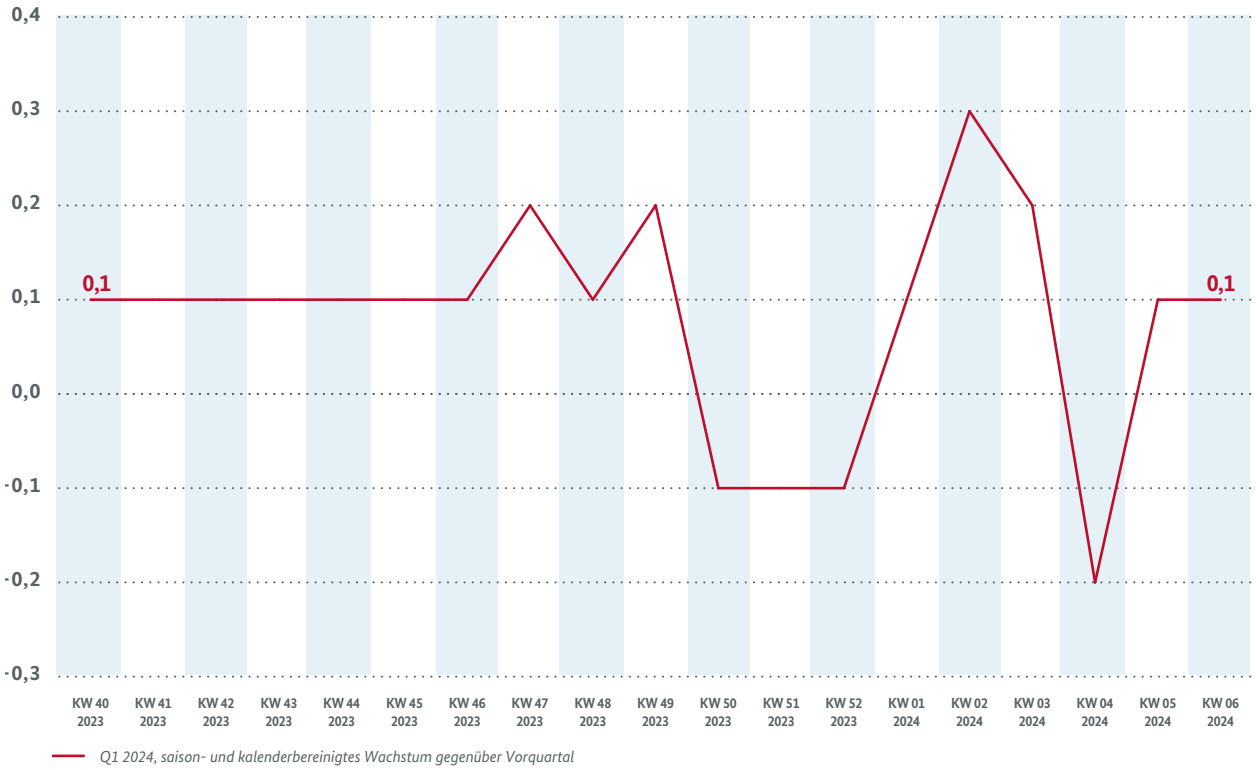
Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast seit Oktober 2023. Der Schätzwert bewegte sich nach erstmaliger Berechnung Anfang Oktober zunächst seitwärts. Negative Einflüsse wie enttäuschende ifo Umfrageergebnisse zum Verarbeitenden Gewerbe und Handel wurden dabei durch positive Nachrichten aus den Nachbarländern sowie robuste Beschäftigungsdaten ausgeglichen. Ab Ende November stieg der Nowcast auf +0,2 %, getrieben insbesondere durch günstigere Signale vom ifo Geschäftsklima, von PMI/HCOB Einkaufsmanagerindizes und Anfang Dezember durch positive Meldungen aus der Industrie im Euroraum (Italien, Frankreich). Mitte Dezember drehte der Nowcast mit einem Schätzwert von -0,1 % in den negativen Bereich; neben den negativen Auswirkungen der Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen und Industrie im Dezember zogen schwache Daten zu Produktion und Bau in Frankreich den Nowcast nach unten. Zum Jahreswechsel stieg der Schätzwert wieder auf +0,1 %. Für die Aufwärtsrevision waren die gemeldeten Arbeitsmarktdaten die treibende Kraft. Nach einem Zwischenhoch von +0,3 % im Zuge verbesserter Stimmungsindikatoren in Frankreich (Unternehmen) und Deutschland (Konsum) im Berichtsmonat Dezember führte die Eintrübung des Geschäftsklimas in Deutschland zu Jahresbeginn zusammen mit einer Verschlechterung des Konsumentenvertrauens im Euroraum zu einer deutlichen Abwärtsrevision auf -0,2 % Mitte Januar. Zur anschließenden erneuten Aufwärtsbewegung des Nowcast Anfang Februar trugen vor allem positive Impulse vom Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe in Italien sowie von Arbeitsmarktdaten aus Deutschland bei.

DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

1 *Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse", Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP", CEPR DP14323.*

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2024 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

LANGSAM, ABER ROBUST: GLOBALE WACHSTUMSPERSPEKTIVE ZU JAHRESBEGINN LEICHT VERBESSERT

IN KÜRZE

In ihren jüngsten Prognosen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung nehmen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) leichte Aufwärtskorrekturen für 2024 vor. Die größten Abwärtsrisiken des vergangenen Jahres hätten sich nicht im zu befürchtenden Maße manifestiert und die meisten Volkswirtschaften sich ihnen gegenüber überraschend resilient gezeigt. Gleichwohl bleibt das weltwirtschaftliche Wachstum insgesamt gering und die regionalen Unterschiede bleiben hoch. Positiv bemerkt wird, dass die Maßnahmen zur Inflationseindämmung Wirkung zeigen: In den meisten Regionen zeichnen sich sanfte Landungen ab.

Die Erholung der Weltwirtschaft von den multiplen Krisen erweist sich als erstaunlich widerstandsfähig, aber die steigende Wachstumsdynamik war bislang nicht überall zu spüren.

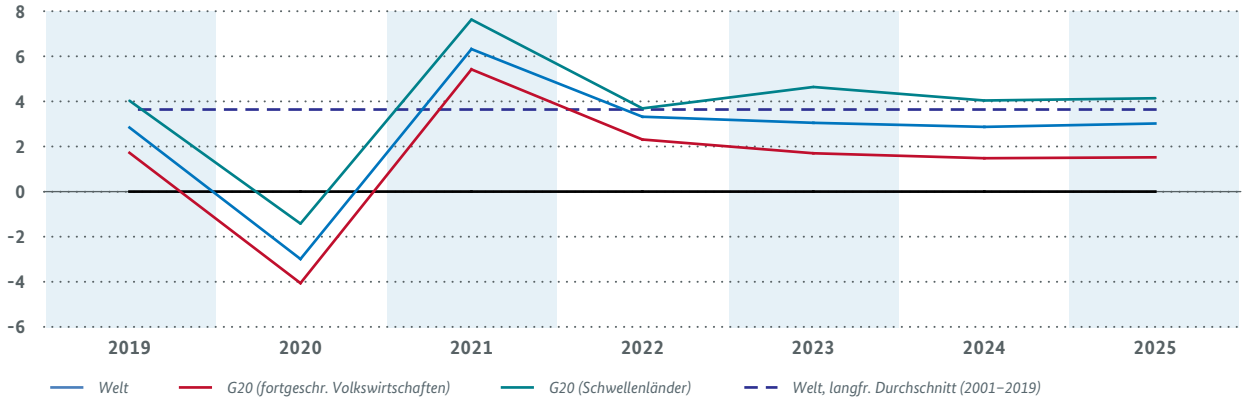
Besonders gedämpft fiel das Wachstum im Euroraum aus, wo Verbraucherstimmung und Unternehmensinvestitionen unter den anhaltenden Auswirkungen der hohen Energiepreise und den erhöhten Zinsen litten. Weltweit verzeichnen Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen weiterhin Produktionsrückstände im Vergleich zu vor der Pandemie – bei gleichzeitig erhöhten Kreditkosten. Zudem deuten jüngste Indikatoren auf eine gewisse Abschwächung des Wachstums hin. Angriffe auf Schiffe im Roten Meer haben die Transportkosten drastisch erhöht und die Lieferzeiten verlängert, wodurch Produktionspläne gestört wurden und der Preisdruck zunahm.

Vor diesem gemischten Hintergrund prognostizierte der IWF in seinem am 31. Januar 2024 aktualisierten *World Economic Outlook* ein globales Wachstum von 3,1% in diesem und 3,2 % im kommenden Jahr. Damit wurde die Erwartung für 2024 ggü. Oktober um 0,2 Prozentpunkte (PP) angehoben. Ähnlich schätzt die OECD die Perspektiven ein: In ihrer Interimsprognose vom 5. Februar 2024 werden die Erwartungen für 2024 gegenüber November um 0,2 PP auf nunmehr 2,9 % angehoben. Die Prognose für 2025 bleibt unverändert bei 3,0 %. Etwas geringere Erwartungen hegt dagegen die Weltbank, die am 9. Januar 2024 ihre halbjährlichen *Global Economic Prospects* veröffentlichte und darin das Wachstum der Weltwirtschaft für dieses Jahr auf 2,4 % und für 2025 auf 2,7 % taxiert. Alle drei internationalen Organisationen weisen darauf hin, dass das **globale Wachstum im historischen Vergleich gering und regional sehr unterschiedlich verteilt** bleibt.

Aus ihrer entwicklungspolitischen Perspektive bewertet die Weltbank die Aussichten daher auch deutlich negativer als IWF und OECD. Nur in einer Hinsicht stehe die Weltwirtschaft besser da als vor einem Jahr: Das Risiko einer globalen Rezession habe sich verringert, was vor allem auf die Stärke der US-Wirtschaft zurückzuführen sei. Ansonsten hätten sich die mittelfristigen Aussichten für viele Entwicklungsländer angesichts des verlangsamten Wachstums in den meisten großen Volks-

→

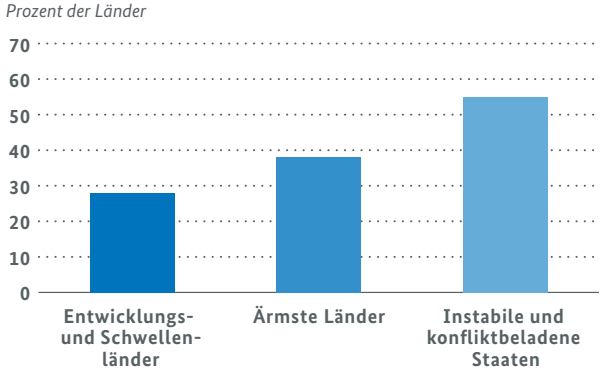
ABBILDUNG 1: DAS GLOBALE WACHSTUM BLEIBT UNTERDURCHSCHNITTLICH



Quelle: OECD, Economic Outlook (2/2024)

wirtschaften, des schleppenden Welthandels und der restriktiven Finanzierungsbedingungen eingetrübt. Die Kreditkosten für die Entwicklungsländer – insbesondere für jene mit schlechter Bonität – dürften weiterhin hoch bleiben. Das Wachstum der Entwicklungsländer werde voraussichtlich mehr als einen Prozentpunkt unter dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts liegen. Ende 2024 dürften die Menschen in etwa jedem vierten Entwicklungsland und in etwa 40 % der Länder mit niedrigem Einkommen immer noch ärmer sein als vor der COVID-Pandemie im Jahr 2019.

ABBILDUNG 2: ANTEIL DER LÄNDER MIT NIEDRIGEREM PRO-KOPF-EINKOMMEN 2024 IM VERGLEICH ZU 2019



Quelle: Weltbank, Global Economic Prospects (1/2024)

Der **Welthandel** zeigt sich nach wie vor gedämpft, aber es gibt auch erste Anzeichen einer Belebung. Ein allmählicher Aufschwung in der Halbleiter- und Elektronikproduktion in Asien und ein stärkerer PKW-Verkauf stützen den Warenhandel und der Dienstleistungshandel wird durch die Rückkehr des internationalen Fluggastverkehrs auf ein Niveau vor der Pandemie angehoben. Die in Umfragen erfassten Exportaufträge bleiben jedoch bescheiden und es kommt zu neuen Lieferkettenunterbrechungen. Die Tendenz ist durchwachsen: Der IWF erwartet ein Wachstum des Welthandels von 3,3 % in diesem und 3,6 % im nächsten Jahr, was deutlich unter dem historischen Durchschnittswert der letzten Jahrzehnte von 4,9 % liegt. Die zunehmenden Handelsverzerrungen und die geoökonomische Fragmentierung dürften den Welthandel weiter belasten. So hätten die Länder 2022 rund 3.200 und 2023 rund 3.000 neue Handelsbeschränkungen eingeführt, gegenüber rund 1.100 im Jahr 2019. Die Weltbank erwartet für den Handel in diesem und nächstem Jahr nur Wachstumsraten von 2,3 % und 3,1 % und damit die schwächste Erholung nach einer globalen Rezession seit einem halben Jahrhundert.

Aus dieser Perspektive scheint das zur Hälfte gefüllte Glas halb leer. Anlass für einen optimistischeren Blick auf die weltwirtschaftliche Lage geben hingegen die Erfolge bei der **Inflationseindämmung**:

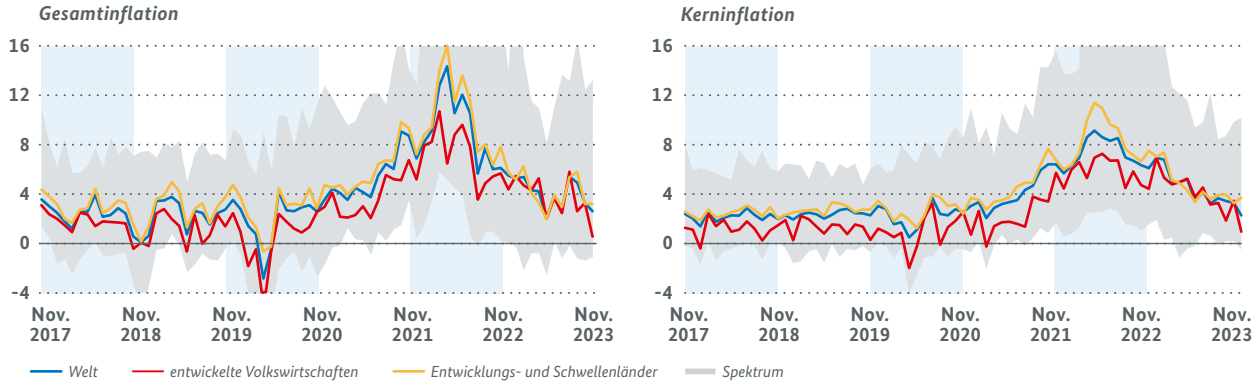
Dank günstiger globaler Angebotsentwicklungen ist die Inflation schneller als erwartet zurückgegangen. Die globale Gesamtinflation fiel im vierten Quartal 2023 nach Schätzung des IWF um etwa 0,3 Prozentpunkte niedriger aus, als im Oktober 2023 auf saisonbereinigter Basis für das gesamte Quartal prognostiziert worden war. Der **Rückgang der Inflation** spiegelt das Abklingen der relativen Preisschocks – insbesondere bei den Energiepreisen – wider. Er reflektiert aber auch eine nachlassende Anspannung auf den Arbeitsmärkten, mit einem Rückgang offener Stellen und einem größeren Arbeitskräfteangebot, in einigen Fällen in Verbindung mit erhöhter Immigration. Das Lohnwachstum hielt sich bisher im Allgemeinen in Grenzen und Lohn-Preis-Spiralen wurden bislang vermieden. Die kurzfristigen Inflationserwartungen sind in den wichtigsten Volkswirtschaften gesunken, während die langfristigen Erwartungen verankert bleiben.

Die Kerninflation allerdings ging in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der G20 insgesamt im Jahr 2023 gegenüber 2022 nur leicht zurück. Sie dürfte sich aber in den nächsten zwei Jahren weiter abschwächen, da der Druck auf die Arbeitskosten allmählich nachlässt und der Druck auf die Gewinnmargen zunimmt. Die Inflation in den aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte den Projektionen von IWF und OECD zufolge im Allgemeinen höher bleiben als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, sich aber bis 2024–25 allmählich abschwächen. In Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko und Südafrika dürfte die Inflation voraussichtlich weiter sinken und sich bis Ende 2025 den Zielmarken der Zentralbanken annähern. In einigen Ländern werden die Inflationsaussichten allerdings stärker von spezifischen Faktoren beeinflusst. So sind die deutlich höheren Inflationsraten in der Türkei und Argentinien auf mangelnde monetäre und fiskalische Straffung in der Vergangenheit zurückzuführen, während China einem eigenen Zyklus folgt und derzeit eine sehr niedrige Inflation aufweist.

Während der IWF die Lohnentwicklung in diesem Zusammenhang nicht für problematisch hält, weist die OECD auf Risiken hin: Die Inflation sieht sie zwar in den meisten Ländern bis Ende 2025 wieder auf den Zielniveaus der Zentralbanken und die Gesamtinflation in den G20-Volkswirtschaften werde voraussichtlich von 6,6 % im Jahr 2024 auf 3,8 % im Jahr 2025 sinken – wobei die Kerninflation in den fortgeschrittenen G20-Volkswirtschaften auf 2,5 % im Jahr 2024 und 2,1 % im Jahr

→

ABBILDUNG 3: INFLATIONSENTWICKLUNG DER LETZTEN JAHRE



Quelle: IWF, World Economic Outlook (2/2024)

2025 zurückgehe. Die Organisation betont aber, dass es noch zu früh sei, den zugrunde liegenden Preisdruck als vollständig eingedämmt zu betrachten. Das Wachstum der Lohnstückkosten liege im Allgemeinen über den Raten, die mit den mittelfristigen Inflationszielen vereinbar sind.

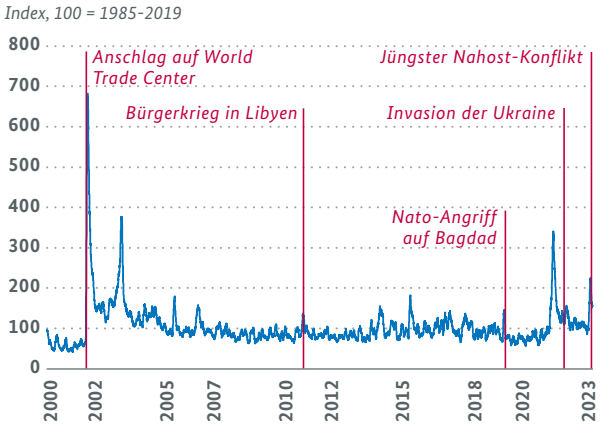
RISIKEN DOMINIEREN WEITERHIN, ABER AUCH CHANCEN WERDEN ERKENNBAR

Waren die beiden letzten Projektionen von OECD und IWF durch eine deutliche Dominanz der Abwärtsrisiken geprägt, so sieht der IWF mittlerweile Prognoseabweichungen nach oben und unten als gleich wahrscheinlich an – dass die Entwicklung besser wird als erwartet, scheint zumindest wieder denkbar. Folgende Szenarien liefern Anhaltspunkte für mögliche Prognoseabweichungen nach unten:

- **Rohstoffpreisspitzen inmitten geopolitischer Schocks:** Der Konflikt im Gazastreifen und in Israel könnte weiter eskalieren und auf die gesamte Region übergreifen, aus der etwa 35 % der weltweiten Ölexporte und 14 % der Gasexporte stammen. Anhaltende Angriffe im Roten Meer – durch das 11 % des Welthandels fließen – und der andauernde Krieg in der Ukraine könnten zu neuen negativen Versorgungsschocks für den weltweiten Aufschwung führen und die Lebensmittel-, Energie- und Transportkosten in die Höhe treiben. Die Kosten für die Containerschifffahrt sind bereits stark gestiegen, und die Lage im Nahen Osten bleibt unbeständig. Eine weitere geoökonomische Fragmentierung könnte auch den grenzüberschreitenden Fluss von Rohstoffen einschränken und zu zusätzlicher Preisvolatilität führen.

- **Abschwächung des Wachstums in China:** Ohne ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Umstrukturierung des angeschlagenen Immobiliensektors könnten die Immobilieninvestitionen stärker und länger als erwartet zurückgehen, was sich negativ auf das Binnenwachstum und die Handelspartner auswirken würde. Die begrenzten Reaktionen der chinesischen Regierung konnten den Abwärtstrend an den chinesischen Aktienmärkten nicht umkehren und das Vertrauen in die chinesische Wirtschaft bislang noch nicht wiederherstellen.

ABBILDUNG 4:ENTWICKLUNG DES INDEX GEOPOLITISCHER RISIKEN



Quelle: Weltbank, Global Economic Prospects (1/2024)

- **Disruptive Haushaltskonsolidierung:** In vielen Volkswirtschaften ist eine Haushaltskonsolidierung notwendig, um die steigenden Schulden in den Griff zu bekommen. Ein übermäßig starker Wechsel zu Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen, der über das notwendige Maß hinausgeht, könnte jedoch dazu führen, dass das Wachs-

tum in naher Zukunft langsamer als erwartet ausfällt. Negative Marktreaktionen könnten einige Länder, die über keinen glaubwürdigen mittelfristigen Konsolidierungsplan verfügen oder denen ein Schuldenproblem droht, zu harten Anpassungen zwingen. In einkommensschwachen Ländern und aufstrebenden Volkswirtschaften ist das Risiko einer Verschuldungsproblematik nach wie vor hoch, was den Spielraum für notwendige wachstumsfördernde Investitionen einschränkt.

Anhaltspunkte für positive Überraschungen könnten sich dagegen aus den folgenden Entwicklungen ergeben:

- **Schnellere Desinflation:**
  Die Inflation könnte schneller als erwartet sinken, wenn niedrigere Kraftstoffpreise stärker als erwartet weitergegeben werden, das Verhältnis zwischen offenen Stellen und Arbeitslosen sich weiter entspannt und Gewinnmargen gedrückt werden, um Kostensteigerungen aufzufangen. In Verbindung mit einem Rückgang der Inflationserwartungen könnten es solche Entwicklungen den Zentralbanken ermöglichen, die Geldpolitik zu lockern und dazu beitragen, die Stimmung in der Wirtschaft, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und auf den Finanzmärkten zu verbessern und das Wachstum zu steigern.

- **Langsamere Rücknahme der fiskalischen Unterstützung:**
  Die Regierungen der wichtigsten Volkswirtschaften könnten ihre fiskalpolitische Unterstützung langsamer als angenommen zurücknehmen, was in naher Zukunft ein höheres globales Wachstum als prognostiziert bedeuten würde. Solche Verzögerungen könnten jedoch in einigen Fällen den Rückgang der Inflation bremsen und bei einer hohen Staatsverschuldung zu höheren Kreditkosten und einer störungsanfälligeren politischen Anpassung führen, was sich später negativ auf das globale Wachstum auswirken würde.

- **Schnellere wirtschaftliche Erholung in China:**
  Zusätzliche Reformen im Immobiliensektor – einschließlich einer schnelleren Umstrukturierung zahlungsunfähiger Bauträger bei gleichzeitigem Schutz der Interessen der Hauskäuferinnen und -käufer – oder eine umfangreichere fiskalische Unterstützung als erwartet könnten das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken, die private Nachfrage ankurbeln und positive grenzüberschreitende Wachstumsimpulse erzeugen. Dazu könnten ggf. auch größere Stimulierungsmaßnahmen der chinesischen Regierung beitragen.

- **Robusteres Wachstum in den Vereinigten Staaten:**
  Die wirtschaftliche Dynamik und die rückläufige Inflation in den USA könnten selbst erheblichem Gegenwind trotzen, wenn sie durch weitere Verbesserungen des Arbeitskräfteangebots unterstützt werden. Es besteht daher die Möglichkeit, dass das Wachstum weiterhin stärker ausfällt als prognostiziert, wenn der Preisdruck nachlässt und die Geldpolitik gelockert wird, was wiederum die weltweite Konjunktur ankurbeln würde.

- **Künstliche Intelligenz und Reformen auf der Angebotsseite:**
  Mittelfristig könnte künstliche Intelligenz (KI) die Produktivität steigern. Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürften früher als die Schwellen- und Entwicklungsländer von den Vorteilen der KI profitieren, weil ihre Beschäftigungsstrukturen stärker auf kognitive Aufgaben ausgerichtet sind. In Schwellen- und Entwicklungsländern könnten schnellere Fortschritte bei der Umsetzung angebotsfördernder Reformen dazu führen, dass die in- und ausländischen Investitionen und die Produktivität höher ausfallen als erwartet und eine schnellere Konvergenz zu einem höheren Einkommensniveau stattfindet.

REGIONALE PERSPEKTIVEN

In den **Vereinigten Staaten** blieb das Wachstum im letzten Jahr trotz steigender Zinsen und einer Verschärfung der Kreditbedingungen robust und stieg auf 2,5 %. Gestützt durch angesammelte Ersparnisse, angespannte Arbeitsmärkte und eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen durch einmalige Steuererleichterungen blieben die Konsumausgaben solide. Die Wirtschaftstätigkeit wurde durch einen expansiven Impuls der Finanzpolitik unterstützt. Das Wachstum scheint sich allerdings im vierten Quartal 2023 abgeschwächt zu haben, und dürfte sich noch weiter abschwächen, da die Auswirkungen der restriktiven Geldpolitik zunehmend auf den Ausgaben der privaten Haushalte lasten. Da die Sparquote der privaten Haushalte letztes Jahr weit unter den Durchschnitt vor der Pandemie gefallen ist, dürften die angehäuften Ersparnisse in erheblichem Umfang abgebaut worden sein. Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt hat sich gelockert. Die Zahl der offenen Stellen ist zurückgegangen, das Beschäftigungswachstum hat sich verlangsamt und der Lohnanstieg sich abgeschwächt, obwohl die Arbeitslosenquote weiterhin in der Nähe historischer Tiefstände liegt.

Vor diesem Hintergrund erwarten IWF und OECD, dass das Wachstum 2024 auf 2,1 % und auf 1,7 % im Jahr 2025 zurückgeht, da die verzögerten Auswirkungen der geldpolitischen Straffung, die allmählich restriktivere Finanzpolitik und die Abschwächung auf den Arbeitsmärkten die Gesamtnachfrage reduzieren. Für 2024 impliziert dies einen Zuschlag von 0,6 Prozentpunkten seit den letzten Prognosen, der mit statistischen Übertragungseffekten des unerwartet starken Wachstums für 2023 be-

gründet wird. Die Weltbank nahm für 2024 ebenfalls eine deutliche Aufwärtskorrektur (+0,8 PP) gegenüber ihrer letzten Prognose vor, erwartet aber insgesamt nur 1,6 % in diesem und 1,7% im nächsten Jahr.

Die **europäische Konjunktur** stagniert seit gut einem Jahr. Sowohl in der EU als auch der Eurozone blieb das BIP im 4. Quartal unverändert (0,0 %, Schätzung). Während das deutsche BIP leicht schrumpfte (0,3 %), stagnierte es in Frankreich (0,0%) und stieg leicht in Italien und Spanien (0,2 bzw. 0,6 %). Der Einkaufsmanagerindex, ein umfragebasierter vorausschauender Indikator, deutet weiterhin einen Abschwung an. Die Inflation fiel zuletzt wieder leicht. Sie betrug nach erster Schätzung im Januar in der Eurozone 2,8 %, die Kerninflation (ohne die stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel) lag bei 3,3 %, das Preisniveau bei Energie fiel um 6,3 %, während Lebensmittel um 5,7 % teurer wurden.

Den IWF-Projektionen zufolge dürfte sich das Wachstum im Euroraum von 0,5 % im Jahr 2023 auf 0,9 % (2024) und 1,7 % (2025) erholen. Es wird erwartet, dass der Aufschwung durch einen stärkeren Konsum der privaten Haushalte getragen wird, da die Auswirkungen des Schocks bei den Energiepreisen nachlassen und die Inflation sinkt, was das Wachstum der Realeinkommen unterstützt. Im Vergleich zur Prognose vom Oktober 2023 wurde das Wachstum für 2024 jedoch um 0,3 PP nach unten korrigiert, was vor allem auf den Übertrag des schwächer als erwarteten Ergebnisses für 2023 zurückzuführen ist. Die OECD korrigierte ihre Prognosen ebenfalls leicht nach unten und erwartet aktuell 0,6 % für dieses und 1,3 % Wachstum für nächstes Jahr. Nach deutlicheren Abwärtskorrekturen belaufen sich die Prognosen der Weltbank aktuell auf 0,7 % (2024) und 1,6 % (2025) und liegen damit zwischen OECD und IWF.

Im **Vereinigten Königreich** dürfte das Wachstum den IWF-Projektionen zufolge von 0,5 % im Jahr 2023 leicht auf 0,6 % im Jahr 2024 ansteigen, da die verzögerten negativen Auswirkungen der hohen Energiepreise nachlassen. Für 2025 werden dann 1,6 % erwartet, da die Desinflation eine Lockerung der finanziellen Bedingungen und eine Erholung der Realeinkommen ermöglicht. Die OECD erwartet für dieses Jahr 0,7 % und für nächstes Jahr 1,2 %.

In **Japan** erholte sich das Wachstum im Jahr 2023, angetrieben von der aufgestauten Nachfrage nach der Pandemie und einem Aufschwung bei den PKW-Exporten und dem Einreiseverkehr, auf 1,9 %. In den beiden kommenden Jahren dürfte das schwache Wachstum der wichtigsten Handelspartner die Exporte belasten und die Unterstützung der Inlandsnachfrage durch einen erwarteten Anstieg der Reallöhne bei angespannten Arbeitsmärkten und nachlassender Inflation kompensieren. So dürfte sich das Wachstum nach dem Abklingen der Pandemieerholung gemäß gleichlautenden Prognosen von IWF und Weltbank auf 0,9 % im Jahr 2024 und 0,8 % im Jahr 2025 verlangsamen und damit in der Nähe seiner Trendrate liegen. Die OECD erwartet für beide Jahre 1,0 %.

In **China** erwies sich die Konsumbelebung zu Beginn des Jahres 2023 durch die Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen als unerwartet kurzlebig. Der Abschwung im Immobiliensektor verstärkte sich, da die Immobilienpreise und -verkäufe fielen und die Bauträger erneut unter finanziellen Druck gerieten. Die Immobilieninvestitionen schrumpften, und die Infrastrukturinvestitionen wuchsen langsamer als die durchschnittlichen Raten vor der Pandemie, so dass das Wachstum der Anlageinvestitionen insgesamt gering ausfiel. Der private Konsum erholte sich gegen Ende des Jahres etwas, aber das Verbrauchervertrauen blieb gering, während die schwache Auslandsnachfrage die Exporte belastete. Die Behörden ergriffen zwar mehrere Konjunkturmaßnahmen, darunter die Senkung der Zinssätze und der Einlagenanforderungen für Immobilienkäufe. Dennoch dürfte die gedämpfte Stimmung auch 2024 den Konsum belasten, während anhaltende Spannungen im Immobiliensektor die Investitionen bremsen. Das Handelswachstum dürfte auch 2024 schwach bleiben, da die gedämpfte globale Nachfrage die Exporte belastet und das langsamere Wachstum der Inlandsnachfrage die Importe, auch von Metallen, bremst. Gemäß den aktuellen Prognosen wird sich das Wachstum verlangsamen und – mit Ausnahme der von der Pandemie betroffenen Jahre 2020 und 2022 – den geringsten Wert seit über drei Jahrzehnten aufweisen: Für 2024 erwarten Weltbank, IWF und OECD 4,5 %, 4,6 % bzw. 4,7 % Wachstum. Für 2025 wird erwartet, dass sich das Wachstum weiter abschwächt. Die zunehmende Verschuldung, die die Investitionen einschränkt, der demografische Gegenwind und die geringeren Möglichkeiten, bei der Produktivität aufzuholen, dürften das Potenzialwachstum belasten. Die Organisationen erwarten Wachstumsraten von 4,3 (Weltbank), 4,1 (IWF) und 4,2 % (OECD).

Das Wachstum in **Indien** dürfte dagegen sowohl 2024 als auch 2025 stark bleiben. Für dieses Jahr werden zwischen 6,2 % (OECD) und 6,5 % (IWF) erwartet, für nächstes Jahr gehen alle drei Organisationen von 6,5 % aus.

Für **Russland** wird seitens des IWF ein Wachstum von 2,6 % im Jahr 2024 und 1,1 % im Jahr 2025 prognostiziert, wobei die Zahl für 2024 gegenüber dem Oktober 2023 um 1,5 PP nach oben korrigiert wurde. Dies spiegelt den Übertrag des unerwartet starken Wachstums im Jahr 2023 aufgrund hoher Militärausgaben und des privaten Verbrauchs wider, der durch Lohnzuwächse auf einem angespannten Arbeitsmarkt unterstützt wurde. OECD und Weltbank nahmen ebenfalls Aufwärtskorrektu-

→

TABELLE 1: ÜBERSICHT ÜBER WACHSTUMSPROGNOSEN UND DEREN REVISION

	IST (IWF)	IWF-Projektion (Februar 2024)		Veränderung der IWF-Projektion (ggü. Oktober)		OECD-Projektion (Februar 2024)		Veränderung der OECD-Projektion (ggü. November 2023)		Weltbank-Projektion (Januar 2024)		Veränderung der Weltbank-Projektion (ggü. Juni 2023)	
	2023	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025
Welt	3,1	3,1	3,2	0,2	0,0	2,9	3,0	0,2	0,0	2,4	2,7	0,0	-0,3
Industrieländer	1,6	1,5	1,8	0,1	0,0	k.A.				1,2	1,6	0,0	-0,6
USA	2,5	2,1	1,7	0,6	-0,1	2,1	1,7	0,6	0,0	1,6	1,7	0,8	-0,6
Eurozone	0,5	0,9	1,7	-0,3	-0,1	0,6	1,3	-0,3	-0,2	0,7	1,6	-0,6	-0,7
Deutschland	-0,3	0,5	1,6	-0,4	-0,4	0,3	1,1	-0,3	-0,1	k.A.			
Frankreich	0,8	1,0	1,7	-0,3	-0,1	0,6	1,2	-0,2	0,0				
Italien	0,7	0,7	1,1	0,0	0,1	0,7	1,2	0,0	0,0				
Spanien	2,4	1,5	2,1	-0,2	0,0	1,5	2,0	0,1	0,0				
Japan	1,9	0,9	0,8	-0,1	0,2	1,0	1,0	0,0	-0,2	0,9	0,8	0,2	0,2
Großbritannien	0,5	0,6	1,6	0,0	-0,4	0,7	1,2	0,0	0,0	k.A.			
Kanada	1,1	1,4	2,3	-0,2	-0,1	0,9	1,9	0,1	0,0				
Schwellen- und Entwicklungsländer	4,1	4,1	4,2	0,1	0,1	k.A.				3,9	4,0	0,0	0,0
China	5,2	4,6	4,1	0,4	0,0	4,7	4,2	0,0	0,0	4,5	4,3	-0,1	-0,1
Indien	6,7	6,5	6,5	0,2	0,2	6,2	6,5	0,1	0,0	6,4	6,5	0,0	0,0
Russland	3,0	2,6	1,1	1,5	0,1	1,8	1,0	0,7	0,0	1,3	0,9	0,1	0,1
Brasilien	3,1	1,7	1,9	0,2	0,0	1,8	2,0	0,0	0,0	1,5	2,2	0,1	-0,2
Mexiko	3,4	2,7	1,5	0,6	0,0	2,5	2,0	0,0	0,0	2,6	2,1	0,7	0,1
Lateinamerika und Karibik	2,5	1,9	2,5	-0,4	0,1	k.A.				2,3	2,5	0,3	-0,1
Subsahara-Afrika	3,3	3,8	4,1	-0,2	0,0					3,8	4,1	-0,1	0,1

Für IND werden Daten und Projektionen auf Basis von Haushaltsjahren dargestellt.
Quellen: OECD, IWF

ren vor, blieben dabei aber deutlich zurückhaltender: Die OECD erwartet 1,8 % Wachstum in diesem und 1,0 % im nächsten Jahr, die Weltbank geht von 1,3 % und 0,9 % aus.

In **Lateinamerika und der Karibik** dürfte das Wachstum in diesem Jahr die 2,5 % des letzten Jahres unterschreiten, bevor es nächstes Jahr wieder ansteigt: Für 2024 erwartet der IWF in der Region 1,9 % und die Weltbank 2,3 %, für 2025 erwarten beide Organisationen wieder 2,5 %. Den niedrigeren Wert für 2024 begründet der IWF mit negativem Wachstum in Argentinien, das im Zusammenhang mit politischen Anpassungen zur Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität erwartet wird. In den anderen großen Volkswirtschaften der Region sind die Aussichten besser: Für Brasilien erwartet der IWF 1,7 % in diesem und 1,9 % im nächsten Jahr, die Weltbank geht von 1,5 % und 2,2 % aus. Für Mexiko prognostiziert der IWF 2,7 % im Jahr 2024 und 1,5 % für 2025, die Weltbank 2,6 % und 2,1%. In beiden Ländern wurden die Prognosen für 2024 nach oben korrigiert, was vor allem auf Übertragungseffekten aufgrund der unerwartet starken Inlandsnachfrage und des unerwartet hohen Wachstums in den Volkswirtschaften großer Handelspartner im Jahr 2023 beruht.

Für die afrikanischen Länder **südlich der Sahara** wird seitens IWF und Weltbank gleichlautend ein Anstieg des Wachstums von 3,3 % im letzten Jahr auf 3,8 % in diesem und 4,1 % im nächsten Jahr prognostiziert. Die negativen Auswirkungen früherer Wetterschocks lassen nach und die Versorgungslage verbessert sich allmählich. Die leichten Abwärtskorrekturen für 2024 (IWF: -0,2 PP, Weltbank: -0,1 PP) spiegeln hauptsächlich eine schwächere Projektion für Südafrika wider, die auf logistische Hindernisse für die Wirtschaftstätigkeit zurückgeführt wird.

Die jüngsten Einschätzungen zur Entwicklung der Weltwirtschaft und ihrer regionalen Komponenten seitens IWF (31.1.), OECD (5.2.) und Weltbank (9.1.) sind in Abb. 1 zusammengefasst. Zudem sind die Korrekturen gegenüber den jeweils vorhergehenden Prognosen dargestellt.

IMPRESSUM

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin

www.bmwk.de

Stand
Februar 2024

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung
PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis
Titel, S. 3, 7: iStock/Anna Bliokh ; S. 2: BMWK/Dominik Butzmann; S. 12, 19: freepik.com; S. 23: iStock/cherezoff

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice
Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.